

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Isabelle Werenfels*

# Vom Umgang mit Islamisten im Maghreb

Zwischen Einbindung und Unterdrückung

S 39  
Dezember 2005  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2005

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

5	<b>Problemstellung und Empfehlungen</b>
7	<b>Staatliche Strategien gegenüber Islamisten</b>
8	Algerien: Lessons-learned aus fehlgeschlagenen Auslöschungsversuchen
9	<i>Die politische und sicherheitspolitische Dimension</i>
11	<i>Die sozio-religiöse Dimension</i>
12	<i>Die sozio-ökonomische Dimension</i>
12	Marokko: Sorgfältig orchestrierte Einbindung
14	<i>Die politische und sicherheitspolitische Dimension</i>
15	<i>Die sozio-religiöse Dimension</i>
16	<i>Die sozio-ökonomische Dimension</i>
16	Tunesien: Vom Dialog zur Nulltoleranz-Politik
16	<i>Die politische und sicherheitspolitische Dimension</i>
18	<i>Die sozio-religiöse Dimension</i>
19	<i>Die sozio-ökonomische Dimension</i>
20	<b>Effekte der staatlichen Strategien</b>
20	Pragmatischere Islamisten
21	<i>Algerische Islamisten auf Versöhnungskurs</i>
22	<i>Marokkanische Islamisten in türkischen Fußstapfen</i>
24	<i>Tunesiens Islamisten: Immer progressiver</i>
25	Demokratischere Systeme dank islamistischer Partizipation?
26	<i>Islamisten als treibende Reformkräfte</i>
28	<b>Europäische Spielräume</b>
29	Was es im Umgang mit Regierungen zu beachten gilt
30	Was es im Umgang mit islamistischen Akteuren zu beachten gilt
31	Länderspezifische Prioritäten
31	<i>Versöhnung und Beendigung der Gewalt in Algerien unterstützen</i>
32	<i>Legalen Islamisten in Marokko keine Steine in den Weg legen</i>
32	<i>Partizipation islamistischer Akteure in Tunesien anregen</i>
33	<b>Abkürzungen</b>



**Vom Umgang mit Islamisten im Maghreb.  
Zwischen Einbindung und Unterdrückung**

In der westlichen Öffentlichkeit ist – nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Ereignissen des 11. September 2001 und dem Irakkrieg – eine heftige Debatte darüber entbrannt, wie demokratiefähig die arabische Welt ist bzw. ob Islam und Demokratie kompatibel sind. Diese meist abstrakte und hochideologisierte Debatte ist indes weit von den politischen Realitäten in der arabischen Welt entfernt. Aufschlußreicher für die Auslotung von Demokratisierungsperspektiven ist die Frage, wie sich insbesondere islamistische Akteure konkret verhalten – das heißt Akteure, die innerhalb eines jeweils subjektiv definierten islamischen Referenzrahmens politisch handeln –, wenn ihnen die Gelegenheit zu politischer Partizipation gegeben wird. Dies ist inzwischen in zahlreichen arabischen Staaten der Fall, darunter in Marokko und in Algerien.

Gerade Algerien galt noch vor wenigen Jahren als Lehrstück für verhängnisvolle Dynamiken, die sich aus fehlgeschlagenen staatlichen Strategien zur Einhegung einer islamistischen Massenbewegung entfalten können. Inzwischen verfolgt seine politische Führung eine Politik der partiellen Einbindung. Das Nachbarland Marokko gilt ohnehin als Paradebeispiel für eine geglückte politische Einbindung und damit verbundene »Domestizierung« eines gewichtigen islamistischen Akteurs. Ein dritter Maghrebstaat, Tunesien, hat einen radikal anderen Kurs eingeschlagen, schließt Islamisten seit 15 Jahren konsequent vom politischen Prozeß aus und erlaubt ihnen nicht einmal karitative Aktivitäten. Damit finden sich in diesen Maghrebstaaten – direkten südlichen Nachbarn der Europäischen Union (EU), mit der sie durch Assoziierungsabkommen im Rahmen des Barcelonaprozesses verbunden sind – drei verschiedene Strategien im staatlichen Umgang mit Islamisten, die letztlich alle ein ähnliches Ziel haben: die islamistischen Herausforderer zu schwächen.

Die Studie setzt sich mit den staatlichen algerischen, marokkanischen und tunesischen Strategien sowie deren Effekten auseinander. Dabei stehen zwei Fragen im Vordergrund: Wie haben sich diese Strategien auf die verschiedenen islamistischen Akteure und deren Agenden ausgewirkt, und was bedeuten sie für die von der EU im Rahmen des Barcelonaprozesses

und der Europäischen Nachbarschaftspolitik verfolgte Stabilitäts- und Reformpolitik?

Die Bilanz der unterschiedlichen Strategien legt die These nahe, daß die Unterdrückung von Islamisten den Weg zu profunden politischen Reformen verbaut. Daß die Unterdrückung in Algerien destabilisierend, in Tunesien dagegen eher stabilisierend wirkte, ist auf Unterschiede in den politischen Kulturen zurückzuführen und auf eine umfassende tunesische Strategie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Umgekehrt ist die Politik der Einbindung von Islamisten, die für demokratische Verfahren eintreten, vielversprechend im Hinblick auf politische Reformperspektiven. Sie hat in Algerien und in Marokko in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre pluralistischere, kompetitivere, wenn auch nicht demokratische Systeme hervorgebracht. In Algerien hat die Einbindung stabilisierende, in Marokko jedenfalls keine merklich destabilisierenden Effekte gezeigt.

Islamistische Parteien repräsentieren nicht nur einen bedeutenden Teil der Bevölkerungen in Algerien und Marokko, sie zeigen auch ein großes Eigeninteresse an Reformen in Richtung Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und Demokratie. Die am politischen Prozeß beteiligten islamistischen Parteien sind pragmatischer und kompromißbereiter geworden, seit sie Status und Einfluß zu verlieren haben und gezwungen sind, sich mit realen politischen Problemen auseinanderzusetzen. Sie sind zusehends bereit, Abstriche an ihren religiös inspirierten gesellschaftspolitischen Zielen zu machen, wenn das nationale Interesse auf dem Spiel steht. Darüber hinaus zeichnet sich gerade in jenen Staaten, in denen Islamisten eingebunden wurden, eine immer deutlichere Spaltung des islamistischen Spektrums in zwei Flügel ab: einen dominanten national-orientierten, an Partizipation und demokratischen Verfahren interessierten und einen zahlenmäßig marginalen transnationalen und gewaltorientierten.

Wenn die EU die im Barcelona-Prozeß postulierten Reformen ernst nimmt und in ihrer Demokratisierungs- und Menschenrechtsrhetorik im Maghreb ernst genommen werden will, sollte sie die islamistische Partizipation begrüßen bzw. im tunesischen Fall auf eine Partizipation demokratieorientierter Islamisten pochen. Die EU hat vor allem im Rahmen des Barcelona-Prozesses konkrete Möglichkeiten, in jedem der drei Länder konstruktive staatliche Strategien und vielversprechende Entwicklungen der islamistischen Akteure zu unterstützen. Dabei sollte sie folgende generelle Punkte bedenken:

- ▶ Es gibt keinen Grund für europäische Akteure, andere Maßstäbe an Islamisten anzulegen als an die übrigen Akteure in diesen Staaten. Islamisten sollten nach ihren konkreten politischen Handlungen und ihrer Rhetorik beurteilt werden und nicht nach ihren vermeintlichen Intentionen. Die Europäer sollten nicht die staatliche Sichtweise auf diese Akteure übernehmen, sondern sich ein möglichst genaues eigenes Bild der verschiedenen islamistischen Akteure, ihrer jeweiligen Ziele, Programme und Aktivitäten machen.
- ▶ Die Interessen der EU decken sich in verschiedenen wichtigen Politikfeldern – seien es Verfassungs-, Wahlrechts- und Wirtschaftsreformen oder Korruptionsbekämpfung – stärker mit denen der Islamisten als mit jenen von Teilen der herrschenden Eliten. Folglich ist es sinnvoll, im Rahmen von MEDA-Programmen auch mit islamistischen Parteien und Organisationen zu kooperieren.
- ▶ Europäische Akteure sollten Differenzen nicht herunterspielen, sondern offensiv mit ihnen umgehen. Die europäischen Vorstellungen von Frauen- und Minderheitenrechten divergieren zumeist stark von denjenigen der islamistischen Parteien. Das gilt auch für die Haltung zum Antisemitismus. Europäische Akteure müssen verdeutlichen, daß antisemitische Haltungen und Aussagen unakzeptabel sind. Dies sollten sie jedoch nicht durch Boykott, sondern im Dialog zum Ausdruck bringen. Wollte die EU antisemitischen Akteuren das Gespräch verweigern, dann müßte sie auch einen Großteil der säkularen Parteien in der arabischen Welt boykottieren.
- ▶ Eine Politik, die Islamisten durch Spaltung und/oder Einbindung zu schwächen und zu »domestizieren« versucht, wie dies in Marokko und Algerien der Fall ist, kann nur dann einen nachhaltig stabilisierenden Effekt haben, wenn sie gleichzeitig von ernsthaften Schritten zur Demokratisierung begleitet wird. Bleibt islamistischen Parteien die Perspektive verwehrt, tatsächlich die Geschicke des Landes mitzubestimmen, besteht die Gefahr, daß sich ihre Basis mittelfristig radikaleren Akteuren zuwendet.
- ▶ Die Regierungen aller drei Staaten verletzen unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus Menschenrechte und statuieren Exempel an Unschuldigen. Die EU-Kommission sollte daher die Vergabe von MEDA-Geldern stärker von der Umsetzung der in den Assoziierungsabkommen angestrebten Justizreformen und von gewichtigen Fortschritten in Menschenrechtsfragen abhängig machen.

## Staatliche Strategien gegenüber Islamisten

Seit knapp 30 Jahren sehen sich die postkolonialen und teilweise säkularisierten Herrschaftseliten Algeriens, Marokkos und Tunesiens mit islamistischen Herausforderern konfrontiert, wenn auch in unterschiedlicher Intensität zu je unterschiedlichen Zeitpunkten. Prominentestes Beispiel ist Algerien, wo 1991 die islamistische FIS-Partei (*Front islamique du salut*) die erste der Parlamentswahlen gewann und durch eine Intervention der Armeespitze an der Machtübernahme gehindert wurde. Das islamistische Phänomen (vgl. nebenstehenden Kasten) ist in allen drei Staaten ursprünglich primär Resultat einer Abwehrreaktion gegen die autoritären postkolonialen Eliten und deren Machtmonopolisierung und Selbstprivilegierung sowie gegen ein als unislamisch abqualifiziertes gesellschaftliches und kulturelles Projekt dieser Eliten gewesen (vgl. den Kasten auf Seite 8).

Noch bis weit in die achtziger Jahre hinein hatten die herrschenden algerischen, marokkanischen und tunesischen Eliten indes die Islamisten nicht als jene oppositionelle Gruppe betrachtet, die den eigenen Machterhalt potentiell am stärksten gefährdete. Als größere Gefahr galten (radikal) linke Kräfte aus dem Studenten- und Gewerkschaftsmilieu. Folglich gab es gegenüber der islamistischen Bewegung auch keine klare Haltung, geschweige denn eine Strategie. Repression wechselte sich ab mit Kooptation, Spaltungsversuchen und Laisser-faire. Algerische, marokkanische und tunesische Herrschaftseliten spielten islamistische Akteure – nach ägyptischem Vorbild – wiederholt gegen die linke Opposition aus. Eine kohärente Strategie bildete sich in allen drei Staaten erst Anfang der neunziger Jahre heraus, und zwar im Zusammenhang mit Wahlerfolgen islamistischer Gruppen in Algerien und in Tunesien.

Die herrschende algerische und marokkanische Elite zielt mit ihrer Politik im Interesse des eigenen Machterhalts auf eine Schwächung des islamistischen Spektrums, auch wenn man sich hütet, dies so deutlich auszusprechen. Die tunesische Politik geht einen Schritt weiter und strebt – ebenfalls um der eigenen Machtsicherung willen – die Eliminierung des islamistischen Phänomens an. Um diese Ziele zu erreichen, hat sich in allen drei Staaten eine differenzierte Strategie herausgebildet, deren bis heute domi-

nierende (sicherheits-)politische Dimension sukzessive um eine sozio-religiöse und – insbesondere in Tunesien – eine sozio-ökonomische Dimension erweitert wurde.

### Was sind Islamisten, und was wollen sie?

Islamisten sind Akteure, die innerhalb eines jeweils subjektiv definierten islamisch-religiösen Referenzrahmens politisch handeln. Ihr übergeordnetes Ziel ist eine islamische gesellschaftliche und politische Ordnung. Darüber, wie diese Ordnung konkret auszusehen hat und mit welchen Mitteln sie erreicht werden soll, divergieren die Vorstellungen indes stark. Zwar schwebt den meisten Islamisten die Anwendung der *shari'a* vor, doch geht es einigen Akteuren dabei lediglich um die Methode der Rechtsfindung, während andere auch das in der *shari'a* kodifizierte Strafrecht und das Personenstandsrecht implementiert sehen wollen.

Ähnlich verhält es sich mit einer anderen islamistischen Forderung, der Institutionalisierung von *shura* (Beratung). Mit diesem Begriff kann eine parlamentarische Demokratie ebenso legitimiert werden wie die traditionelle Herrscherberatung.<sup>a</sup> Was jeweils genau gemeint ist, lässt sich oft nicht einmal den politischen Programmen islamistischer Akteure entnehmen.

Zu den religiös motivierten Forderungen von Islamisten gehört ferner Gerechtigkeit in einem umfassenden politischen und sozialen Sinn. Die verschiedenen Interpretationen dessen, was islamisch ist, spiegeln sich im Maghreb in einem breiten islamistischen Spektrum wider. Dieses reicht heute von Regierungsparteien, in deren konkreter politischer Agenda die Religion eine ähnliche Rolle spielt wie bei christlich-konservativen europäischen Parteien, bis hin zu bewaffneten Gruppen, die als terroristisch einzustufen sind.

<sup>a</sup> Vgl. weiterführend Gudrun Krämer, *Gottes Staat als Republik: Reflexionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1999.

### Der Aufstieg der Islamisten im Maghreb

Das Erstarken islamistischer Bewegungen im Maghreb begann in den späten siebziger Jahren. Entscheidend dafür waren Krisen der jeweiligen postkolonialen Entwicklungsmodelle, die mit spezifischen internationalen Entwicklungen zusammenfielen.<sup>a</sup> Zwar handelte es sich beim algerischen militärisch-bürokratischen Einparteiensstaat, der marokkanischen feudalistischen Monarchie und der korporatistischen tunesischen Republik um grundverschiedene politische Systeme. Gemeinsam war ihnen jedoch eine Reihe von Defiziten und Problemen: mangelnde politische Partizipation und Unterdrückung von Oppositionellen; soziale Ungerechtigkeit; ein wachsendes demographisches Ungleichgewicht, welches in Kombination mit ökonomischen Strukturproblemen in hoher Jugendarbeitslosigkeit resultierte; und Wertekonflikte zwischen westlich orientierten (oft frankophonen) Eliten und einer Mehrheit der Bevölkerung.

Daß diese Phänomene den Islamisten stärker in die Hände spielten als linken Akteuren, hängt maßgeblich mit internationalen Entwicklungen und Einflüssen zusammen. Dazu gehören die arabischen Niederlagen in den israelisch-arabischen Kriegen, die Islamische Revolution im Iran und der Krieg in Afghanistan (der den Grundstein für eine gewalt-

bereite islamistische Internationale legte) ebenso wie das Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten und das Ende des Ost-West-Konflikts. Letztere machten auch die arabisch-nationalistische bzw. die sozialistische Utopie zunichte. Die dadurch aufkommende ideelle Orientierungslosigkeit – kombiniert mit länderspezifischen gesellschaftlichen Wertekrisen und ökonomischen Schocks – bereitete nationalen islamistischen Massenbewegungen einen fruchtbaren Boden. Schließlich haben auch die beiden Kriege der jeweils US-geführten internationalen Koalitionen gegen den Irak 1991 und 2003 islamistische Bewegungen im Maghreb gestärkt. Der letzte Irakkrieg ist, genauso wie die anhaltende israelische Okkupation Palästinas, nach wie vor ein zentraler Faktor, der islamistischen Bewegungen – oder zumindest deren Propaganda – weltweit Auftrieb gibt.

<sup>a</sup> Vgl. weiterführend *International Crisis Group*, *Islamism in North Africa I: The Legacies of History*, Kairo/Brüssel, 20.4.2004 (ICG Middle East and North Africa Briefing); Sigrid *Faath*, *Islamismus in den Maghrebstaaten. Eine Denkrichtung mit mehr Vergangenheit als Zukunft?*, in: Clemens *Six*/Martin *Riesebrodt*/Siegfried *Haas* (Hg.), *Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung*, Innsbruck 2005 (Querschnitte, Bd. 16), S. 163–184.

### Algerien: Lessons-learned aus fehlgeschlagenen Auslöschungsversuchen

Der heutige Umgang mit islamistischen Akteuren in Algerien folgt den Lehren eines langjährigen *trial and error*-Verfahrens, das sich in drei Phasen unterteilen läßt.<sup>1</sup> In die erste Phase, die mit der Unabhängigkeit

<sup>1</sup> Für weiterführende Literatur zum Verhältnis zwischen Staat und Islamisten vgl. Séverine *Labat*, *Les islamistes algériens. Entre les urnes et le maquis*, Paris 1995; Noura *Hamladji*, *Co-optation, Repression and an Authoritarian Regime's Survival: The Case of the Islamist MSP-Hamas in Algeria*, Badia Fiesolana, San Domenico: European University Institute, 2002 (EUI Working Paper, SPS No. 7); Hugh *Roberts*, *The Battlefield Algeria 1988–2002: Studies in a Broken Polity*, London/New York 2003; Frédéric *Volpi*, *Islam and Democracy: The Failure of Dialogue in Algeria*, London/Sterling 2003; Michael *Willis*, *The Islamist Challenge in Algeria: A Political History*, Berkshire 1996; Khadija Katja *Wöhler-Khalfallah*, *Der Fall Algerien*, in: *dies.*, *Der islamische Fundamentalismus, der Islam und die Demokratie. Algerien und Tunesien: Das Scheitern postkolonialer »Entwicklungsmodelle«* und

1962 einsetzte und 1991 endete, fällt das Erstarken der islamistischen Bewegung. Obwohl die damalige politische Elite darauf nicht einheitlich reagierte, kristallisierte sich im Laufe der Zeit eine Politik der punktuellen Konzessionen an Islamisten heraus. So wurde 1984 ein selbst im arabischen Vergleich konservatives Familien- und Personenstandsgesetz erlassen, das sich an einer rigiden Auslegung islamischer Rechtsquellen orientierte und Frauen massiv bevormundete und diskriminierte. Des weiteren ließ der damalige Präsident, Chadli Bendjedid, im Zuge der politischen Öffnung im Jahr 1989 – der bis dahin am weitesten gehenden in der arabischen Welt überhaupt – islamistische Parteien zu, obwohl dies dem Gesetz über politische Parteien widersprach. Vieles deutet darauf hin, daß die herrschenden Eliten mit solchen Maßnahmen versuchten, wachsende soziale Spannungen abzubauen und die linken und explizit demokratische

das Streben nach einem ethischen Leitfaden für Politik und Gesellschaft, Wiesbaden 2004, S. 51–340.



teorientierten Parteien zu schwächen. Mit Hilfe eines islamistischen »Juniorpartners« hofften Teile dieser Elite, ihre Vormachtstellung auch im neuen Mehrparteiensystem erhalten zu können.

Der triumphale Wahlsieg der FIS in den ersten freien Kommunalwahlen Algeriens 1990 machte indes deutlich, daß diese Rechnung nicht aufging. Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der FIS – zum Beispiel was den juristischen Status und die gesellschaftliche Rolle der Frauen betraf – unterschieden sich grundlegend von jenen der herrschenden frankophonon Eliten. Zudem machte der radikale Flügel der FIS kein Geheimnis aus seiner Absicht, bis zum Erreichen eines Wahlsiegs von demokratischen Verfahren zu profitieren und diese Verfahren danach abzuschaffen. Als die FIS 1991 auch die erste Runde der Parlamentswahlen mit einem überwältigenden Ergebnis gewann, schritt die Armeespitze im Namen des »Demokratieerhalts« ein. Sie zwang den Präsidenten zum Rücktritt, brach die Wahlen ab, verhängte den Ausnahmezustand (der bis heute nicht aufgehoben wurde),<sup>2</sup> verbot die FIS, ersetzte sämtliche gewählten Institutionen durch ernannte Gremien und übernahm die politische Kontrolle des Staates.<sup>3</sup> Die zweite Phase des Umgangs mit Islamisten war eingeläutet.

Damit ergab sich das Paradox, daß die Armeespitze einen demokratischen Prozeß abbrach, angeblich um die Demokratie zu retten. Ein kleiner Teil der FIS-Aktivistinnen und -Sympathisanten – darunter Hunderte von ehemaligen Afghanistankämpfern – ging daraufhin in den bewaffneten Untergrund. Schon Ende 1992 herrschten Zustände, die man als Bürgerkrieg bezeichnen konnte.<sup>4</sup>

## Die politische und sicherheitspolitische Dimension

Daß es der neuen algerischen Führung – in der die Generäle das Sagen hatten – tatsächlich um Demokra-

tie ging, muß bezweifelt werden. Zwar verhandelten die Generäle mit den inhaftierten FIS-Führern bis 1995 über eine Beendigung der Gewalt. Doch politische Lösungen wie die vielversprechende sogenannte Plattform von Rom – eine Agenda für nationale Versöhnung und Demokratisierung, die von allen wichtigen Parteien, inklusive der ehemaligen Einheitspartei *Front de libération nationale* (FLN)<sup>5</sup> und der FIS, unter Vermittlung der römischen Gemeinschaft Sant’Egidio unterschrieben worden war – lehnten die Militärmachthaber ab. Ihr Ziel war es vielmehr, die FIS und alle Gruppierungen in deren Umfeld mittels militärischer und polizeilicher Gewalt und Unterwanderung buchstäblich auszurotten.<sup>6</sup> Die (inoffizielle) Devise dieser Politik lautete »terroriser le terroriste«, eine ihrer Folgen waren massive Menschenrechtsverletzungen, darunter summarische Exekutionen.<sup>7</sup> Mehr als 6000 Opfer dieser Politik gelten offiziell noch immer als vermißt.

Die Reaktionen des westlichen Auslands und insbesondere der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich auf den Abbruch des demokratischen Experiments und auf die massive Unterdrückung der Islamisten fielen zurückhaltend aus. Den algerischen Machthabern war es gelungen, in Europa und den USA die Angst vor einer islamischen Theokratie *à la Iranienne* zu wecken. Sie stellten die FIS als homogenen, demokratiefeindlichen und gewaltorientierten Block dar – die zunehmende Brutalität und wahllose Gewalt bewaffneter islamistischer Gruppen spielten den Propagandisten dieses Zerrbilds in die Hände. Ehemalige algerische Armee- und Geheimdienstoffiziere behaupten in Publikationen zudem, daß der algerische Geheimdienst mit dem Ziel, Islamisten national und international zu diskreditieren, den *Groupement islamique armé* (GIA) unterwandert und zu einer Reihe von Anschlägen in Algerien und Frankreich veranlaßt habe.<sup>8</sup> Solcherlei Behauptungen sind weder ganz von der Hand zu weisen noch lassen sie sich verifizieren.

2 Dieser räumt unter anderem dem Innenministerium und den Regionalpräfekten im Namen der Terrorismusbekämpfung das Recht zur Beschneidung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein.

3 Dieser Kurswechsel hatte sich schon vor den Wahlen abgezeichnet, als die beiden FIS-Führer im Sommer 1991 verhaftet wurden. Nach dem Abbruch der Wahlen wurden mehr als 9000 Personen, darunter gewählte FIS-Kommunalpolitiker, -Parteikader, -Aktivistinnen und -Sympathisanten, in Lagern in der Sahara interniert.

4 Für eine ausgezeichnete Auseinandersetzung mit dem Bürgerkrieg siehe Luis Martínez, *The Algerian Civil War 1990–1998*, London 2000.

5 Die FLN-Führung hatte sich zu diesem Zeitpunkt der Opposition angeschlossen, obwohl Parteimitglieder im Kabinett saßen.

6 Die Hardliner unter den Generälen wurden im Volksmund denn auch »*éradicateurs*« (Ausrotter) genannt.

7 Vgl. *Amnesty International/Fédération internationale des ligues des droits de l’homme/Human Rights Watch/Reporters sans frontières*, *Algérie. Le vivre noir*, Paris 1998.

8 Zu solchen Publikationen gehören: Mohammed Samraoui, *Chronique des années de sang. Algérie: comment les services secrets ont manipulé islamistes*, Paris 2003; Habib Souaïdia, *La sale guerre. Le témoignage d’un ancien officier des forces spéciales de l’armée algérienne, 1992–2000*, Paris 2001.

**Übersicht 1**

**Algerien: Wichtigste islamistische Parteien**

Partei	Offizieller Status	Stärke 2005	Charakteristika
<b>MSP (ex-Hamas)</b> (Mouvement de la société pour la paix) 1990 gegründet	Seit 1991 anerkannt; in Parlament und Regierung seit 1997 vertreten	Viertstärkste Partei im Parlament; Wahl 2002: 38 Sitze; Wahl 1997: 69 Sitze; 5 Sitze in der Regierung	Pragmatische Regierungspartei; tritt für demokratische Verfahren ein, strebt stärkere Verankerung islamischer Werte in Gesellschaft an; wirtschaftsliberal
<b>MRN/el-Islah</b> (Mouvement de la réforme nationale)	Seit 1999 anerkannt; Abspaltung von Ennahda 1999	Drittstärkste Partei im Parlament; stärkste legale islamistische Partei; Wahl 2002: 43 Sitze (eine weibliche Abgeordnete)	Systemtragende populistische Oppositionspartei, strebt Islamisierung der Gesellschaft an; gesellschaftspolitisch weniger pragmatisch als MSP; für wirtschaftlichen Dirigismus; unterwirft sich demokratischen Spielregeln
<b>Ennahda</b> (Renaissance) 1988 gegründet	Seit 1990 anerkannt	Vor Abspaltung der MRN (1999) war Ennahda viertstärkste Kraft im Parlament; Wahl 2002: 1 Sitz; Wahl 1997: 34 Sitze	Systemtragende ehemalige Regierungspartei, wenig konkretes Programm; strebt vertiefte Verankerung islamischer Werte in Gesellschaft an; tritt für demokratische Verfahren ein
<b>FIS</b> (Front islamique du salut) 1989 gegründet	Seit März 1992 verboten, nach Wahlsieg in der ersten Runde der Parlamentswahlen 1991	Unbekannt; nach wie vor eine gewisse Verankerung in Teilen ihrer ehemaligen Wählerschaft von 1991	Radikale Oppositionspartei, gespalten in mehrere Flügel, die bestehendes System teilweise ablehnen; heute mehrheitlich demokratieorientierter und fast ausschließlich gewaltablehnender Diskurs; für Islamisierung von Gesellschaft und Politik (islamischen Staat); uneinheitliches politisches Programm

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zeichnete sich ein Strategiewandel ab, und mit ihm begann eine dritte Phase: Zur Repression gesellten sich verstärkte Versuche, das ohnehin gesplante islamistische Spektrum weiter zur fragmentieren und die FIS komplett zu isolieren. Die Generäle kooptierten einzelne Islamisten in wichtige Ämter und banden die islamistischen Parteien MSP (*Mouvement pour la paix sociale*, ehemals *Hamas*) und *Ennahda* (*Renaissance*)<sup>9</sup> in die Wahlen 1997 – den ersten seit 1991 – und in die Regierungskoalition ein. Von der FIS unterschieden sich diese beiden Parteien in ihren gesellschaftspolitischen

<sup>9</sup> Bei arabischen Namen wird in dieser Studie aus Gründen der Vereinfachung die Transkribierung der Akteure übernommen.

Zielen nur marginal, sehr deutlich aber in ihren Strategien: Sie setzten auf Kompromisse und nicht auf Konfrontation und lehnten Gewalt ab. MSP und *Ennahda* waren noch 1991 erfolglose Konkurrenten der FIS und hatten zum Zeitpunkt ihrer Einbindung wenig Mobilisierungspotential.<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Die potentiell mobilisierungsstarke Partei *Wafa* ist in ihrer gesellschaftspolitischen Agenda eher weniger radikal als die legalen islamistischen Parteien. Dennoch wartet sie seit 1999 auf ihre Legalisierung durch das Innenministerium. *Wafa*-Parteichef ist der langjährige Minister und ehemalige FLN-Regime-Insider Taleb Ibrahim, der genauso gut als arabo-nationalistisch charakterisiert werden könnte. Der Verfassungsrat schloß ihn aus fragwürdigen formalistischen Gründen von der Präsidentenwahl 2004 aus.

Die Armeeführung band nicht nur ehemalige FIS-Konkurrenten ein, sie verhandelte 1997 auch über einen Waffenstillstand mit dem militärischen Flügel der FIS, nicht aber mit dem GIA und der GSPC (*Groupe salafiste pour la prédication et le combat*).<sup>11</sup> Zwei Jahre später, nach dem Amtsantritt von Präsident Bouteflika, folgte das Gesetz über den *Concorde civile*, das die Modalitäten der Waffenniederlegung von Islamisten im Untergrund regelt. In einem Referendum wurde es mit großer Mehrheit angenommen. Mit seinem Inkrafttreten erließ der Präsident eine Amnestie.

Dieser Strategiewandel war nicht nur eine Folge aus der dürftigen Bilanz der massiven Repression, sondern auch ein Versuch, die nationale Legitimität des Militärregimes zu verbreitern und die internationale Isolation aufzubrechen, in die Algerien aufgrund der gewaltsamen Auseinandersetzungen geraten war.<sup>12</sup> Seit den Ereignissen des 11. September 2001 treiben die algerischen Generäle die internationale Rehabilitation des algerischen Regimes auch dadurch voran, daß sie Algerien als frühes Opfer von internationalem Terrorismus darstellen. Auf diese Weise versuchen sie, ihre massive Repressionsstrategie gegenüber der FIS im nachhinein zu rechtfertigen und die Erinnerung an die hausgemachten Ursachen des Bürgerkriegs im internationalen Gedächtnis verlöschen zu lassen.<sup>13</sup>

Als Versuch von Präsident Bouteflika, das Kapitel Bürgerkrieg sowie das Kapitel FIS definitiv abzuschließen, kann die neue nationale Charta für Frieden und Versöhnung gelten, die Ende September 2005 in einem Referendum mit über 97% der abgegebenen Stimmen angenommen wurde.<sup>14</sup> Die Charta, eine Art erweiterte Neuauflage des *Concorde civile*, sieht Straffreiheit bzw. Amnestie für bewaffnete Islamisten vor,

die nicht in Massaker, Attentate an öffentlichen Orten und Vergewaltigungen involviert waren. Darüber hinaus erklärt der Staat darin, daß er für das Verschwinden von Islamisten »verantwortlich, aber nicht schuldig« sei, und stellt Kompensationszahlungen in Aussicht. Die Charta verbaut explizit den Weg zu einer politischen Einbindung von Führern der ehemaligen FIS, denen zudem die ganze Schuld für den Ausbruch der Gewalt zugeschoben wird. Daß die Charta Mitgliedern der Sicherheitskräfte, die in massive Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren, Straffreiheit anbietet, kann durchaus als (verstecktes) Hauptanliegen der Autoren des Dokuments gelten. Zu einer grundlegenden Aufarbeitung des Bürgerkriegs wird diese Initiative folglich wohl nicht führen. Doch dürfte sie zur weiteren Eindämmung der Gewalt beitragen.

### Die sozio-religiöse Dimension

Im Zuge der Bekämpfung des FIS hat der algerische Staat versucht, die Kontrolle über den religiösen Sektor zu erlangen und die in ihm geführten Diskurse zu beeinflussen. Seit Beginn der neunziger Jahre gehört die Auffassung zum offiziellen anti-islamistischen Diskurs, daß der Islamismus von außen importiert worden sei und nichts mit dem traditionellen, von mystischen Zügen geprägten algerischen (Volks-)Islam zu tun habe.<sup>15</sup> Dabei verweisen algerische Offizielle – nicht nur zu Unrecht – auf äußere Einflüsse durch ägyptische und syrische Lehrer, die im Zuge der Arabisierung in den sechziger und siebziger Jahren nach Algerien geholt wurden, sowie durch saudisch finanzierte Moscheen und Prediger und – nicht zuletzt – durch Algerier, die in Afghanistan zu Anhängern einer religiösen Internationale wurden.

Eine Religionspolitik, die über sicherheitspolitische Maßnahmen – in Form der Kontrolle der Moscheen und der Strafverfolgung haß- und gewaltinspirierender sowie staatlich nicht anerkannter Prediger – hinausgeht, zeichnet sich indes erst seit dem Amtsantritt von Präsident Bouteflika im Jahr 1999 ab. Sie bemüht sich seither um eine Wiederbelebung des algerischen Volksislam – quasi als Gegenbewegung zu politischen und konservativen Auslegungen des Koran. Ein Instrument dieser Politik ist die Förderung

<sup>11</sup> Mehr zu den militärischen Strategien gegenüber diesen Gruppen findet sich in: Jane's Intelligence Review, 12 (Dezember 2003) 15, S. 10-15.

<sup>12</sup> In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre kam es insbesondere in Frankreich zu intensiven Medienkampagnen oppositioneller Algerier und internationaler Menschenrechtsorganisationen gegen das algerische Militärregime.

<sup>13</sup> Nicht zuletzt brachten die Ereignisse des 11. September 2001 eine strategische Annäherung an die USA. Seither arbeitet Algerien im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und im Rahmen der von den USA lancierten Pan-Sahel-Initiative eng mit den USA zusammen – nicht nur auf algerischem Boden, sondern auch in benachbarten Sahelstaaten.

<sup>14</sup> Der Text der Charta findet sich im Internet unter <[http://193.194.78.233/ma\\_fr/stories.php?story=05/08/16/8641027](http://193.194.78.233/ma_fr/stories.php?story=05/08/16/8641027)>.

<sup>15</sup> Gemeint ist der gelebte Islam, der in Algerien (wie auch in Tunesien) ein Amalgam von Schriftislam, Heiligenverehrung und Sufi-Islam bildet.

der Sufi-Bruderschaften, die über Jahrzehnte marginalisiert worden waren, nun aber vom Staat finanziell großzügig unterstützt werden und sukzessive ihr nach der Unabhängigkeit enteignetes Eigentum zurückerhalten.

Des Weiteren treibt Präsident Bouteflika seit 2002 eine Bildungsreform voran, bei der es unter anderem darum geht, universelle Werte und ein unpolitisches Religionsverständnis zu vermitteln. Im Frühjahr 2005 strich der Bildungsminister überraschend die sogenannten islamischen Wissenschaften aus dem Curriculum der Mittel- und Oberstufe. Ob der geplante neue Religionsunterricht sich deutlich vom vorhergehenden unterscheiden wird, ist allerdings fraglich – denn Bouteflika übt seit seinem Amtsantritt den Spagat zwischen dem Vorantreiben sozialer und religiöser Reformen und dem Bemühen, die gesellschaftlich konservativen religiösen Kreise (zu denen nicht nur die Islamisten zählen) nicht vor den Kopf zu stoßen. Daher brachte auch die 2005 vollzogene Reform des Familiengesetzes wenig substantielle Veränderungen.<sup>16</sup> Eindeutig als Konzession an das konservative Spektrum wurde 2005 Französisch als Hauptunterrichtssprache auch in Privatschulen untersagt.

### Die sozio-ökonomische Dimension

Zwar identifizierte Algeriens politische Elite nach 1992 zu Recht soziale Benachteiligung, hohe Arbeitslosigkeit und ein jahrzehntelanges staatliches Mißmanagement von Ressourcen als Faktoren, die (radikal-)islamistischen Akteuren in die Hände spielen.<sup>17</sup> Dennoch bildete sich in Algerien – ganz im Gegensatz zu Tunesien – keine kohärente sektorübergreifende Politik zur Rückgewinnung verlorenen sozialen Terrains heraus. Allerdings haben die seit Ende der neunziger Jahre nahezu kontinuierlich steigenden Erdölpreise eine drastische Erhöhung der Staatsausgaben bzw. eine punktuelle Verteilung erheblicher Mittel ermöglicht, die zur sozialen Befriedung und zum Erkaufen politischer Loyalitäten dienen.<sup>18</sup> Die Mittel

<sup>16</sup> So bleibt zum Beispiel die Polygamie legal, und die Frau braucht nach wie vor einen Vormund, wenn sie heiraten will; vgl. *Le Monde*, 25.2.2005.

<sup>17</sup> Dies wurde deutlich in Interviews, die die Autorin mit fünf im letzten Jahrzehnt amtierenden Premierministern geführt hat, darunter auch dem aktuellen, Ahmed Ouyahia.

<sup>18</sup> Im Vorfeld der Präsidentenwahlen von 2002 tourte Bouteflika bzw. eine Reihe von algerischen Ministern durch die verschiedenen Provinzen und sicherte für Projekte im

fließen unter anderem in die Behebung der Wohnungs- und Wassernot, in die Reform des maroden Gesundheitswesens und in den Auf- bzw. Ausbau von staatlichen sozialen Netzen.

### Marokko: Sorgfältig orchestrierte Einbindung

Als der Bürgerkrieg in Algerien ausbrach, erklärte der damals herrschende marokkanische König Hassan II. gegenüber einer saudischen Zeitung, er bedaure den Wahlabbruch in Algerien – dieses Land hätte ein Experimentierfeld für das Überwinden der inneren Widersprüche des religiösen Extremismus werden können.<sup>19</sup> Hassan II. hatte sich auch nicht gescheut, 1990 den FIS-Führer Abbassi Madani in Algier zu treffen. Zwar waren solche Äußerungen und Handlungen wohl primär als Seitenhieb gegen die algerischen Machthaber gedacht, welche die Unabhängigkeitsbestrebungen der Westsahara unterstützten.<sup>20</sup> Doch zeugen sie auch von einem größeren Vertrauen des marokkanischen Königs in die eigene Machtposition, die auf der spezifischen Konstruktion der marokkanischen Monarchie beruht: Das marokkanische Königshaus leitet seine Abstammung direkt vom Propheten ab. Der König nimmt zudem für sich in Anspruch, nicht nur politisches, sondern auch religiöses Oberhaupt der Nation zu sein und das religiöse (Deutungs-)Monopol innezuhaben.<sup>21</sup> Nicht einmal Islamisten, die sich konfrontativ gegen den Staat stellen, haben – mit wenigen Ausnahmen – gleichzeitig die politische und die religiöse Legitimation des Königs öffentlich in Frage gestellt.

Wohnungsbau-, Bildungs- und Gesundheitssektor bis zu 50 Millionen Euro aus Sonderfonds zu. Vgl. *Le Matin*, 15.7.2003; *Le Quotidien d'Oran*, 8.9.2003.

<sup>19</sup> Vgl. *Le Monde*, 4.9.1994.

<sup>20</sup> Marokko besetzte die Westsahara 1975 nach dem Rückzug der spanischen Kolonialmacht. Seither kämpft die Freiheitsbewegung Polisario – anfänglich mit Waffen, inzwischen mit friedlichen Mitteln – für die Unabhängigkeit der Westsahara. Ihren »Hauptsitz« hat die Bewegung im Süden Algeriens. Einem von der UNO im Jahr 2003 vorgelegten konkreten Plan für ein Referendum über die Unabhängigkeit des Gebietes, seine Autonomie oder seine Zugehörigkeit zu Marokko hat Marokko bislang nicht zugestimmt.

<sup>21</sup> Gemäß Artikel 19 der marokkanischen Verfassung ist der König der »Fürst der Gläubigen« (*amir al mu'minin*) sowie »oberster Repräsentant der Nation«; Artikel 23 der Verfassung erklärt den König zudem für »heilig« und »unantastbar«.

## Übersicht 2

## Marokko: Wichtigste islamistische Parteien und Organisationen

Partei/Organisation	Offizieller Status	Stärke 2005	Charakteristika
<b>PJD</b> (Parti de la justice et du développement), ehemals MPDC (Mouvement populaire démocratique et constitutionnel)	Legal	Drittstärkste Partei im Parlament. Wahl 2002: 42 Sitze, darunter 5 an Frauen; Wahl 1997: 9 Sitze	Systemtragende, pragmatische Oppositionspartei; akzeptiert Monarchie in bestehender Form; tritt für demokratische Verfahren ein, strebt tiefere Verankerung religiös geprägter Normen in Politik und Gesellschaft an, nationalistische Position in Westsaharafrage
Existiert seit 1999 unter diesem Namen; Aufnahme von Islamisten in MPDC 1996			
<b>At-Tawhid Wal-Islah/MUR</b> (Mouvement unicité et réforme), kulturelle, soziale und politische Vereinigung	Nicht legalisiert, aber geduldet	Nicht bekannt	Außerparlamentarischer Flügel der PJD; gesellschaftspolitisch radikaler; strebt grundlegende gesellschaftliche Erneuerung auf der Basis »genuin« islamischer Werte an; Vorbehalte gegenüber westlichen Demokratie-Modellen
Besteht unter diesem Namen seit 1996			
<b>Al-Badil Al-Hadari</b> (Kulturalalternative), Partei	Im Juni 2005 legalisiert	Nicht bekannt, da noch nicht an Wahlen teilgenommen	Systemtragende Oppositionspartei, linke arabisch-nationale und ökologische Agenda; für stärkere gesellschaftliche Verankerung religiöser Werte
Besteht seit 1995			
<b>Al-Adl Wal-Ihsan</b> (Gerechtigkeit und Wohlfahrt), kulturelle, politische und religiöse Vereinigung	1990 verboten, obwohl sie nie legalisiert worden war; Existenz wird geduldet	Keine genauen Zahlen bekannt; bei Demonstrationen mobilisierungstärkster Akteur	Oppositionelle Bewegung mit eigener islamistischer Doktrin; kritisiert religiöses Monopol des Königs; propagiert Islamisierung von Gesellschaft und Politik; kein konkretes politisches Programm, lehnt Gewalt als Mittel der Politik ab
Besteht seit 1986			

Auch in Marokko hat der Umgang mit Islamisten mehrere Phasen durchlaufen.<sup>22</sup> Die erste Phase von Ende der siebziger bis Anfang der neunziger Jahre ließ noch keine klare Strategie des Palastes erkennen –

sieht man von Spaltungsversuchen ab. Einige Islamisten wurden in öffentliche Ämter kooptiert, andere toleriert. Unterdrückt wurde vor allem die an den Universitäten in gewaltsame Konfrontationen mit linken Akteuren involvierte islamistische Jugendorganisation.

<sup>22</sup> Für Hintergründe dazu vgl. Hanspeter Mattes, Aktionsfeld Religion. Das Kräftemessen zwischen Islamisten und dem neuen König in Marokko, Hamburg: Deutsches Orient-Institut, Oktober 2001, <<http://www.menavision2010.org/dokumente/tp5-aspekte-sechs.pdf>>; Mohamed Tozy, Monarchie et islam politique au Maroc, Paris 1999; Pierre Vermeren, Dans le nouveau Maroc, le Palais seul face aux islamistes?, in: Esprit, (Oktober 2004) 308, S. 103–114; Malika Zeghal, Les islamistes marocains. Le défi à la monarchie, Paris 2005.

Im Kontext der von Hassan II. initiierten politischen Öffnung und mit Blick auf die dramatischen Entwicklungen in Algerien – die marokkanische Offizielle als doppelten Fehler zunächst einer zu schnellen und weitgehenden Demokratisierung und anschließend einer zu radikalen Unterdrückung diagnostizierten – kristallisierte sich in den neunziger Jahren in einer

zweiten Phase eine differenziertere Strategie heraus. Sie zielte einerseits auf »Domestizierung« durch Einbindung monarchieloyalere Akteure in den politischen Prozeß ab. Andererseits versuchte der Palast oppositionelle Islamisten durch (weitgehendes) Laissez-faire ruhig zu halten. Übergeordnetes Ziel des Palastes blieb die Spaltung des islamistischen Spektrums. Seit dem Tod von Hassan II. 1999 führt sein Sohn Mohamed VI. diese Politik weiter. Mit den Anschlägen von Casablanca am 16. Mai 2003 – bei denen 43 Personen (12 davon Attentäter) getötet wurden und die von Marokkanern verübt wurden, die Kontakte zu internationalen terroristischen Netzwerken unterhielten<sup>23</sup> – begann die bis heute anhaltende dritte Phase, in der der Palast seine Toleranz gegenüber dem radikalen Spektrum aufgab.

### Die politische und sicherheitspolitische Dimension

Die politische Partizipation von Islamisten ist in Marokko vom König vorsichtig orchestriert worden und an klare Spielregeln des Palastes gebunden. Dazu gehören Loyalität zur Monarchie in ihrer bestehenden Form sowie eine stramme Haltung in der national sakrosankten Westsaharafrage. Islamisten wurden erstmals 1997 zu Parlamentswahlen zugelassen, allerdings nicht mit einer eigenen Partei: Auf Initiative des Königs öffnete sich die dem Palast nahestehende MPDC (*Mouvement populaire démocratique et constitutionnel*) für Islamisten und gewann 9 der 325 Sitze. Als sich im Vorfeld der Wahlen von 2002 ein großer Erfolg der inzwischen in PJD (*Parti de la justice et du développement*) umbenannten und von Islamisten dominierten Partei abzeichnete, legte der Innenminister ihr nahe, nicht in allen Wahlbezirken zu kandidieren. Daß die PJD – die sich selbst nicht als islamistisch, sondern lediglich als »Partei mit islamischen Bezügen« bezeichnet – daraufhin tatsächlich für eine freiwillige Unterrepräsentation optierte und sich dafür auch bei den Kommunalwahlen von 2003 entschied, hat viel mit den Folgen des FIS-Wahlsieges in Algerien zu tun.<sup>24</sup>

Islamisten, die das bestehende politische System ablehnen, werden in Marokko offiziell nicht anerkannt (oder verboten), aber dennoch geduldet,

<sup>23</sup> Marokkanische Offizielle machten die sogenannte *Salafya Djihadia* dafür verantwortlich. Allerdings handelt es sich dabei um eine Ideologie und nicht um eine Organisation im eigentlichen Sinne.

<sup>24</sup> Interview mit Mustafa Ramid, dem ehemaligen Fraktionschef der PJD, in Casablanca im Mai 2005.

sofern sie sich von Gewalt distanzieren und die Monarchie nicht öffentlich in Frage stellen. Beispiel hierfür ist die mobilisierungstärkste islamistische Organisation Marokkos, *Al-Adl Wal-Ihsan* (Gerechtigkeit und Wohlfahrt), die seit 1996 Gewalt als Mittel zum Erreichen ihrer Ziele offiziell ablehnt.<sup>25</sup> Ihr Führer Abdeslam Yassine hat eine eigene, vom Mystizismus beeinflusste islamische Doktrin entwickelt, die alle Lebensbereiche vom Gesetz Gottes geregelt sehen möchte. Ein konkretes politisches Programm hat er bislang jedoch nicht vorgelegt.<sup>26</sup>

Yassine stand von 1989 bis 2000 unter Hausarrest, weil er sich geweigert hatte, die Verfassung anzuerkennen.<sup>27</sup> Gegen seine Tochter Nadia wurde im Juli 2005 ein Prozeß eröffnet, nachdem sie in einer marokkanischen Zeitung erklärt hatte, Marokko sei nicht für die Monarchie geschaffen. Schullehrer oder Universitätsprofessoren in den Reihen von Al-Adl, die sich nicht öffentlich gegen die Monarchie äußern, können dagegen ungestört arbeiten und an die (auch internationale) Öffentlichkeit treten. Das staatliche Kalkül hinter dieser Duldung scheint zu sein, die Organisation nicht zu stark auszugrenzen, um ihre Radikalisierung zu verhindern. Dies gilt um so mehr, als Al-Adl aufgrund ihrer Verankerung in weniger privilegierten Schichten eine wichtige Funktion bei der Mäßigung potentiell gewaltbereiter Jugendlicher haben kann.

Die Anschläge von Casablanca haben den Staat veranlaßt, seine Strategie zu modifizieren: Der König kündigte das Ende der Ära der Toleranz an und ließ ein weitreichendes Anti-Terrorgesetz durch das Parlament verabschieden. In der Folge wurden mehrere Tausend islamistische Aktivisten verhaftet, in Eilverfahren verurteilt und zum Teil auch mißhandelt. Noch immer sitzen rund 1000 Marokkaner im Gefängnis, die im Zusammenhang mit den Anschlägen verdächtigt werden – bei vielen von ihnen ist die Schuld keineswegs erwiesen.<sup>28</sup> Gleichzeitig führt der König

<sup>25</sup> Al-Adl gibt keine Mitgliederzahlen bekannt, doch übersteigt ihr Mobilisierungspotential bei Demonstration gemäß marokkanischen Offiziellen sowie Islamismusexperten dasjenige der PJD.

<sup>26</sup> Vgl. Hanspeter Mattes, Die politischen Auswirkungen des »11. September« in Nordafrika, Hamburg: Deutsches Orient-Institut, April 2002, abrufbar bei Edition Wufuq, <<http://www.wufuq.de/wufuq-online-analyse-6.pdf>>.

<sup>27</sup> Allerdings gab es im selben Zeitraum auch zahlreiche, aber erfolglose Versuche, den Al-Adl-Führer zu kooptieren.

<sup>28</sup> Vgl. für Menschenrechtsverletzungen in Marokko sowie problematische Implikationen des Gesetzes: *Comité Contre la Torture Maroc*, Observations et recommandations relatives au rapport gouvernemental du Maroc en vertu de la Convention

die Politik der Einbindung gemäßigter Islamisten auch nach den Anschlägen weiter: Er hat die PJD nicht verboten – auch wenn es Stimmen gab, die dazu aufriefen – und im Juni 2005 mit *Al-Badil al-Hadari* (Kulturalternative) eine zweite, eher im links-intellektuellen islamistischen Milieu anzusiedelnde islamistische Partei legalisiert. Und dies wohl nicht zuletzt in dem Bestreben, eine islamistische Konkurrenz zur erfolgreichen PJD zu schaffen.

### Die sozio-religiöse Dimension

Marokkanische Offizielle führen das Erstarken der Islamisten im allgemeinen und der gewaltbereiten im speziellen auf innere und äußere Faktoren zurück.<sup>29</sup> Häufig genannt werden Armut, Arbeitslosigkeit und mangelhafte Bildung, die Rolle saudisch beeinflusster salafistischer Prediger sowie ein über arabische Satellitenfernseher importiertes »unmarokkanisches« Religionsverständnis.<sup>30</sup> Mohamed VI. versucht diesen Mißständen und Entwicklungen zum einen durch gesellschaftliche Modernisierung entgegenzuwirken; wichtigste gesellschaftspolitische Reform war bisher ein im arabischen Vergleich progressives neues Familiengesetz.<sup>31</sup> Zum andern hat der junge König einen neuen Weg in der staatlichen Religionspolitik eingeschlagen: 2002 berief er einen religiösen »Moder-nisten«, der zudem Mitglied in einer Sufi-Bruderschaft ist, an die Spitze des Religionsministeriums. Unter Hassan II. hatten Islamisten in diesem Ministerium – als Folge einer Kooptationspolitik, die darauf abzielte, Islamisten zu Monarchisten zu machen – zunehmend an Einfluß gewonnen. Traditionellen, gesellschaftlich

tief verankerten religiösen Praktiken und Strukturen wie der Heiligenverehrung und den Sufi-Bruderschaften, die ein potentielles Gegengewicht zum Islamismus bilden, stand das Religionsministerium eher negativ gegenüber.<sup>32</sup>

Seit 2002 setzt der neue Religionsminister den verschiedenen islamistischen Tendenzen ein religiöses »Konkurrenzprojekt« entgegen. Dessen Hauptkomponenten sind der tradierte, stark mystisch geprägte Volksislam sowie auf Toleranz und Pluralismus ausgerichtete Koraninterpretationen. Letztere werden durch ein 2004 etabliertes »Radio Heiliger Koran« sowie, seit Oktober 2005, durch einen staatlichen Religions-Fernsehsender gefördert. Traditionelle Koranschulen auf Primarschulniveau sind ins staatliche Schulsystem integriert worden. Darüber hinaus soll der vom König ernannte Rat der religiösen Gelehrten – seit 2004 die einzige Instanz, die Fatwas erlassen darf – durch die Erweiterung um Räte auf lokaler Ebene und durch die Einbindung weiblicher Religionsgelehrter basisnäher und zugleich offener werden.<sup>33</sup> Mit staatlichen Alphabetisierungskampagnen in Moscheen – bislang ein Steckenpferd von Islamisten – sucht der Staat zudem zu verhindern, daß ungebildete Schichten von Islamisten beeinflusst werden. Nicht zuletzt sind 2003 einige der radikalsten Prediger in Haft genommen worden.<sup>34</sup>

Mit den Reformen einher gehen indes auch punktuelle und eher taktische als strategische Konzessionen staatlicher Stellen an Islamisten im sittlich-moralischen Bereich. So werden etwa freizügige Filme verboten und das Alkoholverbot in der Umgebung religiöser Stätten ausgedehnt. Eine Konzession primär an Sensibilitäten der Islamisten war auch die Verschiebung der Hochzeit des Königs aufgrund der israelischen Offensive in der Westbank im Jahr 2002. Mit solchen Gesten versucht der Palast dem Eindruck entgegenzuwirken, Israel mit zu großer Freundlichkeit zu begegnen.

contre la torture et autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants, Genf/Rabat, Oktober 2003, <<http://www.fidh.org/magmoyen/rapport/2003/ma2011f.pdf>>.

<sup>29</sup> Interviews in verschiedenen Ministerien in Rabat im Mai 2005.

<sup>30</sup> Inwieweit die Angabe, daß 2001 40% der rund 35 000 Moscheen unter dem Einfluß radikaler, oft vom saudi-arabischen Wahabismus beeinflusster Prediger gestanden haben (vgl. Vermeren, Dans le nouveau Maroc [wie Fn. 22], S. 107), zum Nennwert genommen werden soll, ist allerdings fraglich. Ungeachtet dessen ist die Präsenz radikaler Prediger in Marokko tatsächlich augenfällig.

<sup>31</sup> Die Frau ist nicht mehr zu Gehorsam gegenüber ihrem Mann verpflichtet, ist gleichberechtigt für Haushalt und Familie verantwortlich, kann nicht mehr ohne weiteres verstoßen werden und kann sich leichter scheiden lassen. Das Recht auf Polygamie wurde zwar nicht abgeschafft, seine Ausübung aber gleichwohl erschwert.

<sup>32</sup> Nicht zuletzt spielte den Islamisten auch die Arabisierung des Schulunterrichts, die Unterdrückung des Philosophie- und gleichzeitige Förderung des Koranunterrichts in die Hände.

<sup>33</sup> Vgl. Dahir no. 1-03-193; Dahir no. 1-03-300.

<sup>34</sup> Unter ihnen befindet sich auch Mohamed Fizazi, der Ende der neunziger Jahre durch radikale Predigten unter anderem in jener Moschee in Hamburg aufgefallen war, die von den Attentätern des 11. September frequentiert wurde.

## Die sozio-ökonomische Dimension

Nach den Anschlägen vom Mai 2003 konzentrierte sich das Augenmerk im In- und Ausland auf den Armutsgürtel rund um die Stadt Casablanca, aus dem die Attentäter mehrheitlich stammten. In der Folge hat die Regierung die Polizeipräsenz in diesen Quartieren massiv erhöht und damit begonnen, die Infrastruktur in sogenannten *Bidonvilles* – nicht nur in Casablanca – zu verbessern oder diese wild gewucherten, teils behelfsmäßigen Unterkünfte im Wege staatlicher Wohnbauprojekte zu ersetzen. Darüber hinaus kündigte der König im Mai 2005 die *Initiative nationale pour le développement humain* (INDH) an, welche sich gegen soziale Marginalisierung richtet und bis 2010 eine Verbesserung der Lebensbedingungen in 360 der ärmsten ländlichen Kommunen und 250 der ärmsten urbanen Quartiere anvisiert.<sup>35</sup> Die INDH soll gleichzeitig eine gesellschaftlich-integrative Funktion haben, indem sie – nach tunesischem Vorbild – nicht nur nationale und lokale staatliche Institutionen, sondern auch Parteien, Gewerkschaften, NGOs und individuelle Bürger einbezieht. Die Initiative ist zwar nicht als direkte Antwort auf den radikalen Islamismus zu verstehen. Doch zielt sie zweifellos auch darauf ab, islamistischen Massenbewegung längerfristig dadurch den Nährboden zu entziehen, daß sich der Staat die Anliegen der Islamisten zu eigen macht.

## Tunesien: Vom Dialog zur Nulltoleranz-Politik

Die tunesische Politik gegenüber Islamisten unterscheidet sich markant von der algerischen und der marokkanischen. Tunesien hat gewissermaßen den umgekehrten Weg gewählt und verfolgt – nach einer kurzen Phase der Toleranz und der Einbindung von Islamisten Ende der achtziger Jahre – seit 1990 eine Nulltoleranz-Strategie.<sup>36</sup> Vor 1980 hatte es auch in

<sup>35</sup> Die INDH ist mit einem Budget von knapp einer Milliarde Euro ausgestattet und wird von der Weltbank mitunterstützt.

<sup>36</sup> Weiterführende Literatur zum Thema bieten Michel Camau/Vincent Geisser, *Le syndrome autoritaire. Politique en Tunisie de Bourguiba à Ben Ali*, Paris 2003; Sigrid Faath, *Der 7.11.1987: Beginn einer »neuen Ära« für die politische Opposition in Tunesien?*, in: Wuquf (Hamburg), (1999) 12, S. 125–171; Cecil Jolly, *Tunisie: Du MTI au Nahda*, in: *Les Cahiers de L'Orient*, (2. Trimester 1995) 38, S. 19–40; Lotfi Hadji, *Burquiba wa-l-islam. Az-za'ama wa-l-imama [Bourguiba und der Islam. Die Führerschaft und das Imamat]*, Tunis 2004; Michael A. Köhler, *Islamismus und Autoritarismus*

Tunesien keine klare Haltung gegenüber dem noch neuen Phänomen gegeben. Der tunesische Staatsgründer Habib Bourguiba trieb konsequent eine radikale gesellschaftliche Modernisierung voran, die nicht selten mit jener Attatürks verglichen wird, obwohl Bourguiba in der Zurückdrängung der Religion weniger weit ging.<sup>37</sup> Die ab 1970 vorerst in einer kulturellen Vereinigung aktiven Islamisten genossen durchaus auch im politischen Establishment Sympathien. Obwohl die tunesische islamistische Bewegung ihre ideologischen Wurzeln teilweise in der ägyptischen Muslimbruderschaft hatte, entwickelte sie sich insgesamt zu einer in konkreten gesellschaftlichen Fragen, wie etwa Frauenrechten, pragmatischeren Bewegung.

Anfang der achtziger Jahre begannen sich die Islamisten im Zuge der iranischen Revolution aktiv um politische Partizipation zu bemühen und organisierten sich mehrheitlich im MTI (*Mouvement de la tendance islamique*). Als es schließlich zu Konfrontationen mit Gewerkschaften kam, reagierte der Staat abwechselnd mit Versuchen der Repression und der Kooptation. Die Repression erreichte 1987 einen ersten Höhepunkt nach Anschlägen auf Touristenhotels, die Verletzte forderten. Dabei waren die Anschläge nicht vom MTI, sondern von einer radikalen Splittergruppe verübt worden.

Mit der Machtübernahme von Zine el-Abedine Ben Ali, der Ende 1987 den alternden Bourguiba in einem »medizinischen Staatsstreich« absetzte und noch immer an der Staatsspitze steht, begann eine neue Phase des Umgangs mit Islamisten.

## Die politische und sicherheitspolitische Dimension

Es entbehrt nicht der Ironie, daß Ben Ali bei seiner Machtübernahme als Befreier der Islamisten gefeiert wurde, wo er doch als Innenminister unter Bourguiba die Repressionskampagne gegen Islamisten (mit-)orchestriert hatte. Als Staatspräsident amnestierte er die inhaftierten Führer des MTI, nahm MTI-Repräsentanten in den staatlichen hohen islamischen Rat auf, legalisierte die islamistische Studentenbewegung und

in Tunesien, in: KAS-Auslandsinformationen, 8 (März 1992) 3, S. 12–24; Khadija Katja Wöhler-Khalfallah, *Der Fall Tunesien*, in: *dies.*, *Der islamische Fundamentalismus, der Islam und die Demokratie* [wie Fn. 1], S. 341–432.

<sup>37</sup> Vgl. Abderrahim Lamchichi, *Laïcité autoritaire en Tunisie et Turquie*, in: *Confluences Méditerranée*, (Frühjahr 2000) 33, S. 35–57.



## Übersicht 3

## Tunesien: Wichtigste islamistische Akteure

Akteur	Offizieller Status	Stärke 2005	Charakteristika
<b>Al-Nahda</b> (Renaissance), Partei  1989 gegründete Nachfolgeorganisation der seit 1979 existierenden MTI (Mouvement de la tendance islamique)	Nie anerkannt	Nicht bekannt, da sie sich nicht organisieren darf; schwächere Verankerung in der Bevölkerung als 1989, Nahda nahestehende Kandidaten gewannen in Parlamentswahlen 13,5% der Stimmen	Systemtragender Diskurs; pragmatisch; strebt politische Partizipation an; wertkonservativ, aber gesellschaftspolitisch im islamistischen Vergleich progressiv; demokratieorientierter Diskurs, lehnt Gewalt kategorisch ab
<b>Progressive Islamisten</b> Keine organisatorischen Strukturen, bis auf die Vereinigung Nadi al-Jahath (Club des Jahath)  Existiert als Bewegung seit Ende der siebziger Jahre	Nadi al-Jahath seit 1990 anerkannt	Nicht bekannt, zahlenmäßig wenig bedeutend	Oppositionelle intellektuelle Reformströmung; sucht nach islamisch inspirierten Lösungen für Werte- und Identitätskrisen; akzeptiert kulturellen Pluralismus; demokratieorientiert; politisch im linken Spektrum anzusiedeln; hält sich seit Anfang der neunziger Jahre weitgehend aus der Politik heraus

band die MTI in Verhandlungen über einen nationalen Pakt ein. Ben Alis neue Politik entsprang weniger einem Sinnes- als einem Strategiewandel: Die islamistische Opposition – die dank einer von den ägyptischen Muslimbrüdern inspirierten Unterwanderungsstrategie in allen staatlichen Institutionen präsent war, von den Pfadfindern und Gewerkschaften bis zur Armee und Ministerien – sollte durch Partizipation zu einer loyalen Stütze des Regimes werden. Bei den Parlamentswahlen vom April 1989, zu denen die inzwischen in *Al-Nahda* (Renaissance) umbenannte MTI nicht zugelassen wurde, gewannen unabhängige islamistische Kandidaten in Tunis und anderen Städten etwa 30% der Stimmen, landesweit waren es 13%.

Der islamistische Wahlerfolg war das Fanal für einen Strategiewechsel in Richtung Nulltoleranz, der durch eine Reihe von Ereignissen in den Jahren 1990/91 beschleunigt wurde. Dazu gehörten gewalttätige islamistische Demonstrationen, ein von Islamisten verübter Anschlag auf ein Büro der Regierungspartei 1991 sowie die Angst vor ähnlichen Entwicklungen wie im Nachbarland Algerien, wo die Machtübernahme der FIS unmittelbar bevorzustehen schien. In dieser dritten Phase wurde die Infrastruktur der Nahda zerschlagen. Es begann ein bis heute anhaltender Propagandakrieg gegen alle Islamisten, einschließlich der sogenannten progressiven Islamisten – einer

intellektuellen Avantgarde unter den arabischen Islamisten. Rund 8000 Nahda-Anhänger wurden verhaftet und in vielen Fällen gefoltert,<sup>38</sup> derzeit befinden sich noch immer rund 500 Islamisten in Haft. Außerdem wurden alle islamistischen Publikationen und karitativen Organisationen – auch wenn sie nicht der Nahda nahestanden – verboten, die polizeiliche Bespitzelung der gesamten tunesischen Bevölkerung wurde verstärkt.

Eine staatliche Propagandakampagne enthüllte 1990 und 1991 angebliche terroristische Verstrickungen und Umsturzpläne der Nahda.<sup>39</sup> Inwieweit diese Informationen fabriziert waren, läßt sich nur schwer abschätzen. In jedem Fall diskreditierten sie die Nahda auf nationaler und internationaler Ebene. Bis heute wird in Tunesien von offizieller Seite Islamismus mit

<sup>38</sup> 279 Nahda-Kadern wurde vor Militärgerichten der Prozeß gemacht; 46 von ihnen erhielten lebenslängliche Haftstrafen. Nach dem Prinzip der Sippenhaft sind nicht nur Nahda-Aktiven, sondern auch ihre Familien der Reisefreiheit beraubt und vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen worden (was in vielen Fällen zu sozialer Stigmatisierung führte und in finanziellem Ruin endete).

<sup>39</sup> Vgl. weiterführend Köhler, Autoritarismus und Islamismus [wie Fn. 36], S. 16–21.

Terrorismus gleichgesetzt<sup>40</sup> und moderater Islamismus zu einem Widerspruch in sich selbst erklärt.<sup>41</sup> Immer wieder werden Exempel gegen angebliche Terroristen statuiert – zuletzt im Jahr 2004, als sechs jugendliche Internetnutzer, darunter ein Deutsch-Tunesier, in einem juristisch zweifelhaften Prozeß wegen angeblicher Planung von Attentaten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.<sup>42</sup>

Offiziell hat sich an der tunesischen Politik gegenüber Islamisten seit Anfang der neunziger Jahre nichts geändert. Doch scheint die tunesische Regierung durch den wachsenden Demokratisierungsdruck, den vor allem die USA<sup>43</sup> auf arabische Staaten ausüben, und durch die neue dialogorientierte Politik der USA und der EU gegenüber gemäßigten Islamisten in Zugzwang zu geraten und zusehends zu Konzessionen – wenn auch vorerst nur taktischer Art – bereit zu sein. Im November 2004 sind 80 Nahda-Mitglieder, darunter erstmals auch Mitglieder der Parteiführung, vorzeitig – allerdings nur um wenige Monate – aus der Haft entlassen worden. Ebenfalls im Jahr 2004 hat der tunesische Botschafter in Bern Nahda-Kader zu einem (Sondierungs-)Gespräch empfangen. Im Mai 2005 unterzeichneten mehrere in Tunesien lebende ehemalige Nahda-Kader (gemeinsam mit über 80 im Exil lebenden Kadern) ein im Ausland publiziertes Manifest für die Amnestie politischer Gefangener und für die politische Versöhnung, ohne dafür abgestraft zu werden.<sup>44</sup>

40 Wenn offizielle tunesische Medien den im Londoner Exil lebenden Nahda-Führer Rachid Ghannouchi erwähnen, fehlt selten das Attribut Terrorist.

41 Gegenüber Ausländern wird darauf hingewiesen, daß es schließlich auch keine moderaten Nazis gegeben habe.

42 Mehr Informationen zu den Prozessen bietet ein Artikel vom 7.7.2004 auf der Website der *Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme*: *Condamnation des »internautes de Zarzis« à de lourdes peines au terme d'un procès entaché d'irrégularités*, <[http://www.fidh.org/article.php?id\\_article=1558](http://www.fidh.org/article.php?id_article=1558)>.

43 Auf Tunesien selbst ist wenig Druck ausgeübt worden; allerdings hat Präsident Bush politische Defizite in Tunesien gegenüber Ben Ali mehrmals kritisiert; vgl. *Jeune Afrique/L'intelligent*, (3.-9.4.2005) 2308.

44 Daß ein in Tunesien unter Hausarrest stehender Nahda-Kader 2005 an einer Diskussionssendung des (von einem Tunesier geführten) Fernsehsenders *Al-Mustaqilla* in London teilnehmen konnte, dürfte ohne ein offizielles Plazet nicht möglich gewesen sein. 2005 hat eine tunesische Zeitung zudem ein Tabu gebrochen und über eine Pressekonferenz berichtet, in der Ghannouchi zum Dialog mit der tunesischen Regierung aufrief.

## Die sozio-religiöse Dimension

Ben Ali ist seit seinem Machtantritt dem Erstarken islamo-konservativer Werte in der tunesischen Gesellschaft auf zweierlei Weise begegnet. Zum einen hat er die bourguibistische gesellschaftliche Modernisierung weitergeführt, die unter anderem schon 1959 die bis heute am weitesten fortgeschrittene Gleichstellung der Frau im gesamten arabischen Raum brachte.<sup>45</sup> Zentrales Anwendungsfeld für gesellschaftliche und religiöse Reformen ist für Ben Ali der Bildungssektor. Seit einer umfassenden Bildungsreform 1991 zielt der Religionsunterricht auf ein undogmatisches, welt-offenes Islamverständnis ab. Im Bildungs- und Unterrichtsgesetz von 2002 findet sich auf 30 Seiten der Begriff »islamisch« nur ein einziges Mal.<sup>46</sup>

Zum anderen hat Ben Ali religiöse Rituale und Institutionen symbolisch aufgewertet und seine persönliche Frömmigkeit herausgestrichen. Während sein Vorgänger Bourguiba im Ramadan öffentlich und demonstrativ das Fastengebot unterließ, pilgerte Ben Ali schon 1988 nach Mekka. Seit 1988 wird im tunesischen Fernsehen wieder zu den vorgeschriebenen Zeiten zum Gebet gerufen, 1992 wurde ein Religionsministerium eingerichtet und die unter Bourguiba marginalisierte *al-Zeitouna*-Universität – eine der traditionell prestigereichsten Lehrstätten für Islamstudien in der arabischen Welt – genießt wieder höhere Wertschätzung. Verstärkt wird auf religiöse Sensibilitäten Rücksicht genommen. So darf seit einigen Jahren auch nachts wieder mit dem Lautsprecher zum Gebet gerufen werden, und der Alkoholverkauf während des Ramadans ist auch in ausländischen Supermarktketten nicht mehr erlaubt.

Diese Konzessionen an wertkonservative Kreise entsprechen durchaus der Politik Ben Alis, der Frömmigkeit nichts in den Weg zu stellen, aber ihre Politisierung zu verhindern. Letzteres geschieht unter anderem durch die Verschärfung der bereits unter Bourguiba praktizierten Kontrolle der Moscheen und die Verordnung von Leitfäden für Prediger. Dabei vermischt Ben Ali seinerseits Religion und Politik sehr wohl, indem staatliche Stellen Freitagspredigten diktieren, die zur Sanktionierung der präsidialen Politik dienen sollen. Im Vorfeld des UNO-Weltinfor-

45 Tunesien kennt zum Beispiel als einziges arabisches Land die Zivileheirat.

46 Bei der Definition der tunesischen Identität wird islamisch als eine von vielen Komponenten genannt, darunter arabisch, afrikanisch, maghrebinisch und mediterran. Vgl. Loi No.: 2002-80 du 23 juillet 2002.

mationsgipfels etwa, der im November 2005 in Tunis stattfand, priesen die Predigten die technologische Weitsicht des Präsidenten, der zu diesem Gipfel geladen hatte. Damit sollte zweifellos tunesischen Gegnern des Gipfels der Wind aus den Segeln genommen werden. Diese hatten sich an einer von Ben Ali an den israelischen Premier Sharon ausgesprochenen Einladung gestört und überdies in internationalen Medien auf das Paradox hingewiesen, daß dieser Gipfel in einem Staat stattfinden sollte, der freie Meinungsäußerung verhindert.

Wohlfahrtsorganisationen wahrgenommen werden, läßt der tunesische Staat den Islamisten kaum mehr Nischen und vollzieht zudem eine klare Trennung zwischen karitativen und religiösen Aktivitäten.

### Die sozio-ökonomische Dimension

Im Gegensatz zu Algerien und Marokko hat Tunesien aus der Erkenntnis, daß sozio-ökonomische Mißstände einen Nährboden für Islamismus darstellen, sehr schnell weitreichende Konsequenzen gezogen. Nach der Devise »Keine Sicherheit ohne Entwicklung und keine Entwicklung ohne Sicherheit« hat Ben Ali seine Politik der Repression mit einer kohärenten, flächendeckenden Entwicklungspolitik und einer wirtschaftlichen Reformagenda kombiniert, die Tunesien international den Ruf eines musterhaften arabischen Wirtschaftsreformstaates eingebracht haben.<sup>47</sup>

Symbolisches Kernstück von Ben Alis Entwicklungspolitik ist der 1992 gegründete nationale Solidaritätsfonds – nach seiner Kontonummer auch 26/26 genannt –, in den nicht nur der Staat einzahlt, sondern auch die tunesischen Bürger. Dieser Fonds hat den 1150 ärmsten Ortschaften Strom, Wasser, Schulen und medizinische Versorgung finanziert. Durch zusätzliche Initiativen sind Arbeitsplätze geschaffen worden. In ganz Tunesien werden wenig privilegierte Familien speziell betreut, wo nötig auch psychologisch. Darüber hinaus fördert der Staat zahllose im karitativen Bereich tätige Organisationen und Bürgerinitiativen – und überwacht sie gleichzeitig. Mit dem eigenen Engagement und der Einbindung von Bürgern bzw. der Zivilgesellschaft in Aufgaben, die zum Beispiel in Marokko noch immer von islamistischen

<sup>47</sup> Vgl. Tunisia: 2004 Article IV Consultation—Staff Report; Public Information Notice on the Executive Board Discussion; and Statement by the Executive Director for Tunisia, Washington, D.C.: International Monetary Fund (IMF), November 2004 (IMF Country Report No. 04/359), <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr04359.pdf>>.

## Effekte der staatlichen Strategien

Die Erfolgsbilanz der verschiedenen staatlichen Strategien ist nicht nur uneinheitlich, sondern auch widersprüchlich. Mißt man das Erreichte lediglich an den staatlich gesetzten Zielen – primär ging es um den Machterhalt der herrschenden Eliten und die Schwächung des islamistischen Spektrums –, liegt es nahe, die tunesische Strategie als die erfolgreichste einzustufen. In Tunesien sind islamistische Akteure von der öffentlichen Bildfläche komplett verschwunden, und sie dürften es auch schwer haben, sich im Untergrund neu zu organisieren. In Marokko dagegen gewinnen islamistische Parteien und Organisationen noch immer an Terrain. Daher könnte es durchaus sein, daß die PJD 2007 als große Siegerin aus den Parlamentswahlen hervorgeht. Die islamistische Bewegung in Algerien ist 2005 zwar gespaltener und damit auf der politischen Bühne schwächer als noch vor wenigen Jahren, doch fielen nach offiziellen Angaben auch im vergangenen Jahr immerhin 400 Algerier der Gewalt islamistischer Gruppen zum Opfer.

Legt man indes eine differenziertere Meßlatte für Erfolg oder Mißerfolg an und fragt auch, wie sich die staatlichen Strategien auf das politische Reformpotential des jeweiligen politischen Systems ausgewirkt haben, wie nachhaltig die Strategien sind, wie sie die Agenden der islamistischen Akteure verändert und welche neuen Dynamiken sie innerhalb des islamistischen Spektrums ausgelöst haben, so ergibt sich ein sehr viel komplexeres Bild. Dabei zeigt sich die Kehrseite des tunesischen Erfolgs.

### Pragmatischere Islamisten

Paradoxerweise ist in allen drei Staaten – trotz der so unterschiedlichen staatlichen Strategien – eine ähnliche Entwicklung zu beobachten: die immer deutlichere Spaltung der islamistischen Akteure in eine überwältigende Mehrheit, der es um nationale Anliegen geht, und in eine Minderheit, die transnationale Ziele verfolgt bzw. sich mit transnationalen jihadistischen Organisationen solidarisiert und sich deren Ziele zu eigen macht.<sup>48</sup>

<sup>48</sup> Mit Jihadisten sind hier, dem arabischen Sprachgebrauch

Erstere – sie sollen im folgenden als nationalistische Islamisten bezeichnet werden – distanzieren sich heute deutlich von Gewalt. In ihrer Rhetorik ist die religiöse Lehre nach wie vor handlungsbestimmend. Doch sind die nationalistischen Islamisten in ihrem konkreten politischen Handeln im vergangenen Jahrzehnt eindeutig pragmatischer geworden. Sie sind zunehmend bereit, an ihren von islamischen Werten inspirierten gesellschaftspolitischen Zielen Abstriche zu machen, wenn das nationale Interesse bzw. die nationale Versöhnung auf dem Spiel steht. In patriotischen Debatten, zum Beispiel über die Westsaharfrage in Marokko oder über externe Einmischung in Algerien, fallen nationalistische Islamisten oft durch besonders stramme nationalistische Positionen auf. Gleichzeitig ist ihre Rhetorik weniger anti-westlich geworden und zeigen sie vermehrt Interesse, sich mit (offiziellen) westlichen Gesprächspartnern auszutauschen – nicht zuletzt in der Hoffnung, ihre innenpolitische Position dadurch abzusichern.

Die transnationalen Jihadisten dagegen stellen heute mehr denn je – selbst wenn ihr Aktionsfeld primär die nationale Arena ist – den internationalen und missionarischen Kampf gegen die USA bzw. den Westen über nationale Solidaritätsgefühle. So hat zum Beispiel die zunehmend transnational orientierte algerische GSPC die Ermordung zweier algerischer Diplomaten im Irak durch die Zarkawi-Gruppe im Juli 2005 gutgeheißen, während die nationalistischen Islamisten – mit Ausnahme der ehemaligen Nummer Zwei der FIS, Ali Belhadj – diese Tat verurteilten.<sup>49</sup> Die verstärkte transnationale Ausrichtung des radikalsten Teils des islamistischen Spektrums dürfte vornehmlich internationalen Entwicklungen geschuldet sein und kann – zum Beispiel im Falle der algerischen

folgend, islamistische Kräfte gemeint, die unter *Jihad* – ein Begriff, der in der islamischen Theologie allgemein für Anstrengung im Dienste des Glaubens steht – ausschließlich gewaltsamen Kampf verstehen.

<sup>49</sup> Belhadj hatte während der Entführung in einem Telefoninterview auf Al-Jazeera dem Widerstand im Irak seine Unterstützung zugesichert und sich geweigert, die Entführung der algerischen Diplomaten zu verurteilen. Er wurde daraufhin von den algerischen Sicherheitskräften festgenommen.

GSPC – als neue Rekrutierungsstrategie in einem zunehmend schwierigeren nationalen Aktionsfeld gelten.

Es wäre auch gewagt, den jüngeren Pragmatismus der nationalistischen Islamisten einzig auf staatliche Strategien zurückzuführen, zumal sie im marokkanischen und tunesischen Fall diametral entgegengesetzt sind. Die Tatsache, daß die tunesische Repressionsstrategie – mit wenigen Ausnahmen – keine nennenswerten gewaltsamen Gegenreaktionen hervorrief, die algerische dagegen einen Bürgerkrieg entfesselte, läßt sich nicht nur damit erklären, daß Tunesien eine geschicktere Entwicklungs- und Sozialpolitik betrieben hat. Maßgebend sind auch Unterschiede zwischen den islamistischen Akteuren, die von je spezifischen historischen (kolonialen) Erfahrungen und politischen Kulturen geprägt sind.

Darüber hinaus gilt, daß Islamisten Lehren aus Erfahrungen ziehen, die Islamisten in anderen Ländern machen. Daß die PJD bislang (partiell) selbst auferlegte Zurückhaltung in Wahlen übte und im Hinblick auf die Wahlen von 2007 beteuert, »wir wollen niemandem Angst einflößen«,<sup>50</sup> läßt sich primär auf eine eingehende Analyse der islamistischen Wahlsiege in Algerien und Tunesien zurückführen. Nicht zuletzt haben die Massaker in Algerien, der 11. September 2001 und die Anschläge von Casablanca die nationale bzw. internationale Toleranz für islamistische Gewaltakteure dramatisch sinken lassen. Die nationalistischen Islamisten haben daraufhin ihre Strategien und Agenden verändert.

### Algerische Islamisten auf Versöhnungskurs

Knapp anderthalb Jahrzehnte nach dem FIS-Wahlsieg existieren in Algerien zwar mehrere legale islamistische Parteien, doch keine, die eine Wahl gewinnen könnte, selbst wenn diese Wahl vollkommen »fair und frei« wäre. Der Führer der derzeit stärksten dieser Parteien, der MRN, war der einzige islamistische Präsidentschaftskandidat im Jahr 2004 und erhielt doch nur 5,02% der Stimmen. Es ist auch höchst unwahrscheinlich, daß eine erneut zugelassene FIS heute in Wahlen wieder triumphieren könnte, da sie in mehrere konkurrierende Flügel im In- und Ausland gespalten ist. Allerdings wäre es falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß die algerische Repressionsstrategie der frühen neunziger Jahre erfolgreich war.

<sup>50</sup> Interview mit dem PJD-Generalsekretär Othmani in Rabat im Mai 2005.

Im Gegenteil: Sie trieb den radikalsten Flügel der FIS-Bewegung in den Untergrund und nahm dem gemäßigten Flügel jede Möglichkeit, die um den Wahlsieg betrogenen radikalisierten FIS-Anhänger für ein gewaltfreies Gegenprojekt zu gewinnen.

Daß die Gewalt seit Ende der neunziger Jahre dennoch stark abebbte und es generell zu einer Schwächung des islamistischen Spektrums kam, lag nicht einfach an der militärischen Überlegenheit der Sicherheitskräfte und an der vor allem seit dem 11. September 2001 forcierten technologischen Unterstützung der USA im Kampf gegen bewaffnete Gruppen. Entscheidender war, daß der Staat seine Strategie modifizierte, indem er Amnestie gegen Entwaffnung anbot und islamistische Alternativen zur FIS förderte. Zudem hatten die islamistischen Gewaltakteure mit Massakern an Zivilisten und der generell immer wahlloseren Gewalt den Bogen überspannt und nahezu allen Rückhalt in der Bevölkerung verloren.

Der für Gewalt an Zivilisten notorische GIA ist seit 2004 so gut wie inexistent.<sup>51</sup> Doch gibt es nach offiziellen algerischen Schätzungen noch immer mehrere Hundert bewaffnete Islamisten, die mehrheitlich in der verstärkt transnational agierenden GSPC organisiert sind. Diese Gruppe scheint nach wie vor gute Rekrutierungsmöglichkeiten zu haben: Trotz fast täglicher Meldungen in algerischen Zeitungen über Gefangennahmen und Tötungen von Kämpfern der GSPC werden die offiziellen Zahlen ihrer Stärke seit Jahren nicht mehr nach unten korrigiert. Zwar machen immer wieder Gerüchte die Runde, daß Teile der GSPC bereit sind, mit Bouteflika zu verhandeln, doch scheint sich der radikale Flügel durchzusetzen. Zu den ersten Reaktionen der GSPC auf die im August 2005 offiziell lancierte Versöhnungsinitiative gehörte ein Aufruf, algerische Offizielle auch in Frankreich zu töten.<sup>52</sup> Algerische Islamisten scheinen auch in einer im arabischen Vergleich großen Zahl für den bewaffneten Jihad im Irak rekrutiert zu werden. Recherchen der Agentur Associated Press im Sommer 2005 ergaben, daß bis zu 20% der ausländischen Selbstmordattentäter im Irak Algerier (und weitere 5% Marokkaner und Tunesier) waren.<sup>53</sup>

Der ganze Rest des algerischen islamistischen Spektrums – einschließlich nahezu aller Kader der FIS –

<sup>51</sup> Mehr Informationen zu der noch immer vorhandenen islamistischen Gewalt bietet: *International Crisis Group, Islamism, Violence and Reform in Algeria: Turning the Page*, Kairo/Brüssel, 30.7.2004 (ICG Middle East Report No. 29).

<sup>52</sup> Vgl. Al-Hayat, 16.8.2005.

<sup>53</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 2.7.2005.

fällt in die Kategorie nationalistische Islamisten, die durch die Eskalation der Gewalt gezwungen wurden, sich neu zu positionieren. In der Folge haben sie sich immer dezidierter von radikaler Rhetorik und gewaltbereiter Praxis sowie von Forderungen nach einer Theokratie verabschiedet und Partizipation im bestehenden politischen System und dessen graduelle Veränderung angestrebt. Dabei hat sich im Zuge der partiellen staatlichen Einbindungspolitik gezeigt, daß der Pragmatismus und die Kompromißbereitschaft der Islamisten wachsen, je näher sie ans Zentrum der Macht rücken und je mehr sie zu verlieren haben.

Die an der Regierung beteiligte MSP, die Teil der sogenannten *Alliance présidentielle* ist, hat nicht nur an Einfluß auf Entscheidungen gewonnen, sondern – wenngleich nicht ohne anfänglichen Widerstand – auch Maßnahmen wie die Bildungsreform unterstützt, die darauf abzielen, universelle Werte zu fördern. Für ihre Regimennähe ist die MSP allerdings von den Wählern 2002 abgestraft worden. Profitiert davon hat die oppositionelle MRN. Aber auch deren Parteiführer hat gezeigt, daß er religiöse Überzeugungen hintanstellen kann, wenn es um Machtpolitik geht.<sup>54</sup> Für den Pragmatismus von MRN und MSP spricht zudem, daß beide Parteien die neue Initiative zur nationalen Versöhnung unterstützen, obwohl diese vorsieht, daß massive Menschenrechtsverletzungen an Islamisten während des Bürgerkriegs nicht geahndet werden. Nicht zuletzt haben die algerischen Islamisten mit ihrer Unterstützung für die konstitutionelle Verankerung der Berbersprache als nationale Sprache im Jahr 2002 Toleranz für Diversität demonstriert.

Solche Entwicklungen zeigen, daß die ins politische System eingebundenen islamistischen Parteien – nicht zuletzt durch die Interaktion mit nicht-religiösen Parteien – insofern zu einer normalen politischen Größe geworden sind, als sie sich immer weniger von anderen Parteien unterscheiden und tendenziell stärker nach machtpolitischen als nach religiösen Kriterien handeln. Diese Beobachtung stützt die These einer postislamistischen Entwicklung in Algerien. Damit ist gemeint, daß sich in der Praxis eine Trennung von

<sup>54</sup> Im Vorfeld der Wahlen von 2004 kam es zum taktischen Schulterschuß zwischen dem MRN-Führer Djaballah und dem radikal-säkularen und berberophonen Kandidaten Saïd Sadi. Die in ihrer Wirtschaftspolitik dirigistischen Vorstellungen anhängende MRN stimmt zudem im Parlament oft mit den Trotzlisten, während die MSP in ihrer Marktorientierung der eher anti-islamistischen Partei des Premierministers nahesteht.

Religion und Politik abzeichnet und daß die treibenden Kräfte dieser Trennung paradoxerweise gerade diejenigen sind, die sie am wenigsten wollen: die islamistischen Parteien. Und dies hatte zwei Gründe: Zum einen stieß die politische Umsetzung ihrer religiösen Agenden in der tagespolitischen Praxis schnell an Grenzen. Zum anderen zwangen Veränderungen im nationalen und internationalen Umfeld diese Parteien, Religion und Politik stärker zu trennen.<sup>55</sup>

### Marokkanische Islamisten in türkischen Fußstapfen

Die marokkanischen Strategien haben nicht zu der intendierten Schwächung des islamistischen Spektrums geführt.<sup>56</sup> Das ist nicht zuletzt eine Folge der inzwischen korrigierten Laissez-faire- und islamistenfreundlichen Politik im religiösen Sektor. Zudem ist es dem Staat bislang nicht gelungen, die enormen sozialen und ökonomischen Probleme – Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, urban-rurale und regionale soziale Unterschiede, Verunsicherung durch Globalisierung – auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Und schließlich ist die marokkanische Gesellschaft traditionell sehr wertkonservativ und religiös. Nach Umfragen des Pew Research Center nahmen 2005 57% der Marokkaner eine wachsende Rolle für den Islam in der Politik wahr, und 93% dieser 57% beurteilten dies als positiv.<sup>57</sup> Dennoch wäre es verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Bilanz der marokkanischen Strategie nur negativ ausfällt. Im Gegenteil: Die in den politischen Prozeß eingebundene PJD, die sich mittlerweile als arabisches Pendant

<sup>55</sup> Vgl. zu dieser These Olivier Roy, *Globalised Islam. The Search for a New Ummah*, London 2004, S. 72–99.

<sup>56</sup> Khadija Mohsen-Finan, *Maroc: L'émergence de l'islamisme sur la scène politique*, in: *Politique étrangère*, 70 (Frühjahr 2005) 1, S. 73–84; Jan Senkyr, *Wie stark ist die islamische Opposition in Marokko?*, in: *KAS-Auslandsinformationen*, (Oktober 2003) 10, S. 65–78; Michael J. Wills, *Morocco's Islamists and the Legislative Elections of 2002: The Strange Case of the Party That Did Not Want to Win*, in: *Mediterranean Politics*, 9 (Frühjahr 2004) 1, S. 53–81; Michael J. Wills, *Between Alternance and the Makhzen: At-Tawhid wa Al-Islah's Entry into Moroccan Politics*, in: *The Journal of North African Studies*, 4 (Herbst 1999) 3, S. 45–80.

<sup>57</sup> Vgl. <[www.pewglobal.org](http://www.pewglobal.org)>. Die Resultate dieser Umfragen sind allerdings mit Vorsicht zu genießen, da die relativ unspezifischen Fragen eine große Bandbreite von Antworten zulassen. Ungeachtet dessen zeigen sie bestimmte Entwicklungstendenzen auf.

zur türkischen Regierungspartei AKP versteht,<sup>58</sup> ist zum Paradebeispiel für eine staatstragende, pragmatische islamistisch-nationalistische Partei geworden.

Die PJD, deren Kader zum Teil noch Anfang der neunziger Jahre die Monarchie ablehnten, verurteilt heute aufs schärfste anti-monarchische Statements der islamistischen Organisation Al-Adl Wal-Ihsan. Und da Marokko bereits ein islamischer Staat sei, müsse die Partei folglich nicht für die Etablierung eines solchen kämpfen. Die PJD hat bislang auch kaum Versuche unternommen, ihre sittlich-moralischen Vorstellungen wenigstens dort durchzusetzen, wo ihr dies möglich wäre.<sup>59</sup> Hatte sie vor wenigen Jahren noch die Anwendung der *shari'a* gefordert, erklärt sie nun, dies sei nicht mehr die Hauptpriorität; von den traditionellen Strafarten distanziert sie sich ohnehin.<sup>60</sup>

Dieser Sinneswandel ist indes nicht allein auf die Tatsache der Einbindung und den damit verbundenen Machtgewinn zurückzuführen, sondern auch auf die Anschläge von Casablanca. Die PJD wurde mit ihnen zwar nicht in Verbindung gebracht. In ihrer Folge breitete sich die anti-islamistische Stimmung in der politischen Elite aber in einer Weise aus, daß die Partei sich gezwungen sah, sowohl für das Anti-Terrorgesetz als auch für das progressive neue Familien- und Personenstandsgesetz zu stimmen, gegen das sie noch 2000 auf die Straße gegangen war.

Mit ihrem Pragmatismus befindet sich die PJD-Führung allerdings auf einer Gratwanderung. Die Partei ist der parlamentarische Arm der Organisation MUR (*Mouvement unicité et réforme/At-Tawhid Wal-Islah*), die gesellschaftspolitisch wesentlich radikalere Positionen vertritt. Anfang 2005 schrieb die MUR- und PJD-nahe Zeitung *Attajdid*, der Tsunami sei eine Strafe Gottes für den Sextourismus in Asien und ein Warnsignal für Marokko gewesen. Die PJD kommentierte diese Deutung mit dem Hinweis, die Zeitung und die Partei seien nicht das gleiche. Dabei ist offen, ob sich die PJD nicht deutlich von der Äußerung distanzierte, weil sie die Meinung teilte oder weil sie den in der

MUR organisierten Teil ihrer Basis nicht verärgern wollte.

Die Rhetorik der nicht-legalisierten, aber tolerierten Al-Adl Wal-Ihsan hat sich im vergangenen Jahrzehnt wenig verändert, sieht man davon ab, daß sie sich immer deutlicher von Gewalt lossagte. Die Beteiligung der PJD an politischen Entscheidungsprozessen auf nationaler und kommunaler Ebene und die 2005 erfolgte Legalisierung von Al-Badil Al-Hadari ist nicht ohne Wirkung insbesondere auf die jüngeren Kader der Adl geblieben.<sup>61</sup> Nach dem Tod des kränkenden und betagten Sheikh Yassine dürfte mit einem internen Ringen um die Kompromisse zu rechnen sein, die man einzugehen bereit ist, um legalisiert zu werden.<sup>62</sup>

Bemerkenswert ist nicht zuletzt, daß in Marokko die Zustimmung zu islamistischer Gewalt gegen Zivilisten gemäß den Pew-Umfragen stark sinkt: 2004 betrug sie 40%, 2005 13%. Zudem halten 83% der Marokkaner 2005 jede Form des Einsatzes von Gewalt im eigenen Land zur Verteidigung des Islam für ungerechtfertigt. Die erhobenen Zahlen weisen aber auch auf eine kleine gewaltbereite Minderheit hin. Radikale (transnationale) Netzwerke haben – trotz der seit 2003 getroffenen sicherheitspolitischen Maßnahmen und der verstärkten Kontrolle der Moscheen – nach wie vor Rekrutierungsmöglichkeiten. So sind im August 2005 mehr als ein Dutzend Personen verhaftet worden, die in Kontakt mit der algerischen GSPC gestanden haben sollen.<sup>63</sup> Drei Monate später, im November 2005, hoben die Sicherheitskräfte eine Zelle von 17 Personen mit angeblich engen Verbindungen zum Al-Qaida-Netzwerk aus.

<sup>58</sup> Diesen Eindruck gewann die Autorin in Interviews mit zahlreichen Kadern der Organisation.

<sup>62</sup> Teil des Bestrebens, als politischer Akteur anerkannt zu werden, sind auch verstärkte Bemühungen von Kadern, sich mit westlichen Offiziellen auszutauschen und dabei als gemäßigt und demokratieorientiert in Erscheinung zu treten. Inwieweit die Adl tatsächlich zu Abstrichen an ihren Zielen bereit wäre, die mit denjenigen anderer wichtiger marokkanischer Akteure wie der sozialistischen USFP inkompatibel sind, ließe sich indes erst beurteilen, wenn die Adl am formalen politischen Prozeß partizipieren dürfte. Weitgehend auszuschließen ist – mit Blick auf die Ideologie von Yassine und die heute dominierende politische Kultur in der Vereinigung –, daß die Adl Gewalt einsetzen würde, um ihre Ziele zu erreichen.

<sup>63</sup> Für weiterführende Informationen zu den marokkanischen und algerischen Gewaltakteuren vgl. Guido Steinberg, *Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus*, München 2005.

<sup>58</sup> Was nicht heißt, daß die PJD alle Handlungen der AKP gutheißt. Nach dem Besuch des türkischen Premiers Erdoğan in Israel im Frühjahr 2005 schickte die PJD-Führung – allerdings erst auf Druck der Basis – eine Protestnote.

<sup>59</sup> Zum Beispiel in Meknès, wo sie den Bürgermeister stellt, oder in Casablanca, wo sie im Stadtrat stark vertreten ist. Vgl. dazu Tel Quel, 14.–20.5.2005; Neue Zürcher Zeitung, 3.5.2005.

<sup>60</sup> Mit dem Argument, diese seien nicht zeitgemäß; Interviews mit verschiedenen PJD-Kadern in Marokko, Mai 2005.

### Tunesiens Islamisten: Immer progressiver

Die Tatsache, daß es in Tunesien heute keine nennenswerten islamistischen Strukturen mehr gibt, beruht zu einem großen Teil, aber nicht nur auf den staatlichen Strategien. Ben Ali hat systematisch und schnell durchgegriffen, was im kleinen Tunesien mit einer Bevölkerung von gut zehn Millionen Menschen weit einfacher war, als es im ethnisch gemischten und gesellschaftlich fragmentierten Algerien mit über 30 Millionen Einwohnern gewesen wäre. Ebenso entscheidend dürfte aber gewesen sein, daß Ben Alis anti-islamistische Kampagne auf der bourguibistischen gesellschaftlichen Modernisierung aufbauen konnte. Zudem herrschte in der tunesischen Bevölkerung das Bewußtsein vor, etwas zu verlieren zu haben, und dieses Bewußtsein gibt es noch immer. Es betrifft primär die relative wirtschaftliche Prosperität, von der in Tunesien eine breite Mittelschicht profitiert hat, aber – mit Blick auf den algerischen Bürgerkrieg – auch die politische Stabilität. Schließlich kam Ben Ali entgegen, daß die politische Kultur in Tunesien weder von Brüchen noch von einer Tradition des Untergrundkampfes geprägt ist.

Wie stark die Islamisten in Tunesien heute sind, läßt sich kaum beurteilen, da sie sich nicht organisieren dürfen. Politisch agieren können ehemalige Nahda-Kader heute einzig innerhalb nicht-islamistischer oppositioneller Strukturen wie der PDP (*Parti démocratique progressiste*).<sup>64</sup> Allerdings befinden sich die meisten dieser Kader – wenn sie der Politik oder dem Islamismus nicht ganz den Rücken gekehrt haben – entweder im Exil, im Gefängnis oder unter Hausarrest. Der in Tunesien lebende ehemalige Generalsekretär der Nahda, Abdelfattah Mourou, rechnet mit maximal 20% der Bevölkerung, die heute für eine Partei wie die Nahda stimmen würden. Sowohl säkulare als auch religiöse Tunesier beobachten eine Zunahme der Religiosität, die sich unter anderem in mehr Betenden und Kopftüchern manifestiere. Ob und inwieweit diese Frömmigkeit mit Sympathie für Islamisten gleichzusetzen ist, erscheint indes offen. Islamisten schließen aus dieser Entwicklung aber nicht zu Unrecht, daß es Raum für eine wertkonservative politische Kraft gibt.

Die Nahda ist durch die staatliche Repressionskampagne Anfang der neunziger Jahre gespalten worden: in einen Flügel, der auf (gewaltfreie) Kon-

frontation, und einen, der auf Kompromisse setzte. Mittlerweile haben sich die beiden Flügel wieder angenähert und verfolgen das gleiche Hauptziel: die Partizipation am politischen Prozeß. In gesellschaftspolitischen Fragen nahm die Nahda im arabischen Vergleich schon immer eine progressive Haltung ein – so anerkannte sie 1990 das bourguibistische Personenstandsgesetz und damit die weitgehende juristische Gleichstellung der Frauen. Da auch die Nahda von den bourguibistischen Reformen geprägt ist, setzen ihre gesellschaftspolitischen Forderungen an einem anderen Punkt an als etwa die der marokkanischen PJD, die in einer wesentlich traditionelleren und konservativeren Gesellschaft operiert. Von der PJD hat die Nahda aber gelernt, daß Zurückhaltung im politischen Prozeß eine sinnvolle Strategie ist. Nahda-Führer Ghannouchi, der sich in seinem Londoner Exil explizit vom Extremistenmilieu distanziert hat, plädiert seit Jahren für eine demokratische tunesische Front mehrerer Parteien, in die sich die Nahda einordnen würde,<sup>65</sup> andere Kader, vor allem innerhalb Tunesiens, äußern sich noch zurückhaltender.<sup>66</sup> Die staatliche Politik hat die Nahda in eine Bittstellerposition gebracht. Die Verlautbarungen der Nahda drehen sich heute hauptsächlich um das Thema (nationale) Versöhnung – selbst mit Ben Ali.

Die zweite, zahlenmäßig eher unbedeutende islamistische Strömung in Tunesien, die sogenannten progressiven Islamisten, sammeln sich um einen legalen Diskussionsclub.<sup>67</sup> Als Folge der Repression halten sie sich heute weitgehend aus der Politik heraus bzw. engagieren sich in von säkularen Linken geführten Menschenrechtsorganisationen. In ihrer intellektuellen Stoßrichtung – der Suche nach kulturellen Antworten auf Werte- und Identitätskrisen – gehörten die progressiven Islamisten schon immer zu den fortschrittlichsten religiösen Akteuren in der arabischen Welt. Heute kreisen ihre Überlegungen stärker denn je um die Trennung von Religion und Politik, so daß sie eher als wertkonservativ denn als islamistisch zu bezeichnen sind. Seit 2004 wagen sie es wieder – ermutigt durch das politische Klima, das

<sup>65</sup> Camau/Geisser, *Le syndrome autoritaire* [wie Fn. 36], S. 311.

<sup>66</sup> Die ehemalige Nummer Zwei der Nahda, Mourou, erklärt heute sogar, es sei nicht im Interesse Tunesiens, von Islamisten regiert zu werden. Gleichzeitig sei es im Interesse Tunesiens, Islamisten in den politischen Prozeß einzubinden, da diese eine der Komponenten der tunesischen Gesellschaft seien; Interview, Tunis, im Juni 2005.

<sup>67</sup> Dieser Club nennt sich *Nadi Al-Jahath* (Club des Jahath – letzterer war ein bekannter arabischer Schriftsteller).

<sup>64</sup> Die PDP ist eine Art Sammelbecken für Marxisten, Sozialisten, arabische Nationalisten und Islamisten.



sich als Folge taktischer Konzessionen Ben Alis minimal verändert hat –, öffentliche Diskussionsforen zu organisieren.

Im Gegensatz zu Algerien und Marokko finden sich in Tunesien 15 Jahre nach Beginn der Repression gegen Islamisten kaum Anhaltspunkte für die Existenz islamistischer Gewaltakteure. Ob sechs junge Tunesier, die im April 2005 wegen angeblicher terroristischer Aktivitäten in Westalgerien verhaftet wurden, Ziele in Tunesien hatten, ist unklar.<sup>68</sup> Die tunesischen Medien schweigen sich über solche Vorfälle ohnehin aus. Allerdings zeigte das von einem Tunesier im April 2002 in Djerba verübte Attentat, bei dem 19 Touristen, darunter 14 Deutsche, ihr Leben verloren, daß auch Tunesien nicht immun ist gegen islamistische Gewalt, die von transnationalen Netzwerken inspiriert ist. Tunis beharrte im übrigen auf der Version eines Unfalls, als ausländische Regierungen längst von einem Anschlag ausgingen.<sup>69</sup>

## Demokratischere Systeme dank islamistischer Partizipation?

Die staatliche Politik gegenüber Islamisten hatte in allen drei Ländern auch für andere politische Akteure und darüber hinaus für die gesamte Bevölkerung Folgen. In Algerien und Tunesien hat sie auch Veränderungen der politischen Systeme bewirkt. Die Unterdrückung der Nahda in Tunesien ging einher mit der Beschneidung politischer Freiheiten aller Bürger, einer massiven Einschränkung der Pressefreiheit und – nicht zuletzt – mit groben Menschenrechtsverletzungen. Heute haben selbst säkulare oppositionelle Akteure kaum noch Möglichkeiten, sich zu versammeln oder größere Veranstaltungen zu organisieren. Sie werden zudem immer wieder am Reisen gehindert und sehen sich Hetzkampagnen in den staatlichen Medien ausgesetzt. Im Zuge des Kampfes gegen die Islamisten hat sich Tunesien in den vergangenen 15 Jahren von einem potentiellen Demokratisierer zu einem der autoritäreren arabischen Systeme entwickelt.

<sup>68</sup> Je nach Quelle hatten sie sich der algerischen GSPC angeschlossen, planten Attentate in Tunesien oder wurden für den Jihad im Irak rekrutiert. Im August 2005 wurden in Algerien abermals fünf Tunesier aufgegriffen, weil sie nach offiziellen Angaben paramilitärisches Training von der GSPC erhielten.

<sup>69</sup> Vgl. Le Monde, 13. und 18.4.2002.

Ob der Kampf gegen die Islamisten dabei das Ziel und mehr Autoritarismus ein Nebeneffekt war oder ob es sich umgekehrt verhält, spielt letztlich keine Rolle. Entscheidend ist, daß der Ausschluß von Islamisten den Prozeß einer Demokratisierung verhindert, die auf mehr abzielt als eine begrenzte politische Öffnung und Parteienvielfalt (Pluralismus). Denn dieser Ausschluß bringt zwingend autoritäre Strukturen hervor und blockiert realen politischen Wettbewerb. Als Illustration kann die algerische Erfahrung zu Beginn der neunziger Jahre dienen: Die Unterdrückung des damals stärksten und einzigen relevanten islamistischen Akteurs, der FIS, bedeutete den Abbruch des bis dahin radikalsten Demokratisierungsexperiments in der arabischen Welt. In der Folge etablierte sich ein ausgesprochen autoritäres Militärregime.

Vorsichtig bejahen läßt sich die naheliegende Frage, ob auch der Umkehrschluß gilt: Die Partizipation von gemäßigten Islamisten, wie etwa der marokkanischen PJD, scheint Demokratisierungsprozesse im Maghreb zu begünstigen oder zumindest wichtige Voraussetzungen für Demokratisierung zu schaffen.<sup>70</sup> Islamistische Parteien im Maghreb haben ein großes Interesse an demokratischen Verfahren, weil sie in »freien und fairen« Wahlen mit guten Ergebnissen, wenn nicht einer Mehrheit rechnen können. Daß ein Teil von ihnen insgeheim noch immer auf die Karte »one man, one vote, one time« setzt (wie es Segmente der FIS getan hatten), ist nicht auszuschließen. Ungeachtet dessen ist im vergangenen Jahrzehnt bei allen nationalistischen Islamisten das Bewußtsein gewachsen, daß sie sich mit gewichtigen andersdenkenden gesellschaftlichen Gruppen in demokratischen Prozessen auseinandersetzen müssen und diese Gruppen nicht einfach unterjochen können. Wenn heute nicht wenige algerische und marokkanische Islamisten überzeugte Verfechter der Demokratie sind, dann vor allem aufgrund der Erfahrungen, die sie in pluralistischen politischen Prozessen gemacht haben.<sup>71</sup>

Hinzu kommt, daß die Partizipation von Islamisten in Marokko und in Algerien seit Ende der neunziger Jahre politische Prozesse und partiell auch Strukturen

<sup>70</sup> Mit Blick auf die gesamte arabische Welt fällt auf, daß in all jenen Staaten, die gemeinhin als potentielle Demokratisierer gehandelt werden – Bahrain, Jemen, Jordanien, Kuwait, Libanon und Marokko –, islamistische Akteure im Parlament und teilweise auch in der Regierung vertreten sind.

<sup>71</sup> Dies ging deutlich hervor aus Interviews der Autorin mit zahlreichen algerischen, marokkanischen und tunesischen Islamisten seit 2002.

verändert. Mit der Etablierung der PJD hat sich die Repräsentativität der formellen politischen Institutionen in Marokko erhöht, ist die politische Debatte pluralistischer und der politische Prozeß kompetitiver geworden. Da in Algerien die politische Wiedereinbindung eines wenn auch eher kleinen Teils des islamistischen Spektrums ab 1997 mit der Einbindung säkularer Oppositionsparteien zusammenfiel, ist ihre konkrete Wirkung nicht leicht zu beurteilen. Doch gilt auch hier, daß die islamistische Partizipation pluralistischere politische Diskurse und (etwas) repräsentativere politische Institutionen hervorgebracht hat. Die versöhnlichere Politik gegenüber Islamisten und der *Concorde civile*, in dessen Folge die Gewalt abflaute, haben Präsident Bouteflikas innenpolitische Machtbasis zudem verstärkt. Beides waren wichtige Faktoren für die sukzessive Verschiebung des algerischen Machtzentrums von der Armeespitze zum Präsidenten, die sich seit dem Jahr 2000 vollzieht. Die Rückkehr zu verfassungskonformen politischen Prozessen – in denen die gewählte Exekutive und nicht die Armee entscheidet – geht folglich nicht zuletzt auf die Einbindung von Islamisten zurück.

Gleichzeitig aber trägt die Partizipation von Parteien wie der PJD und der MSP zur Perpetuierung bestehender autoritärer Strukturen bei.<sup>72</sup> Die Kooptation in die Allianz des Präsidenten hat aus der demokratieorientierten algerischen MSP einen Akteur gemacht, der autoritäre Praktiken des Präsidenten unterstützt – etwa die seit 2003 zunehmende Unterdrückung einer im arabischen Vergleich ausgesprochen unabhängigen Presse. Die von den islamistischen Parteien mitgetragene Versöhnungsinitiative ist ein Schritt in Richtung Beilegung der Gewalt, aber keiner in Richtung Demokratie. In Marokko kann die PJD durch die ihr auferlegte absolute Loyalität zum König ein Haupthindernis für Demokratisierung nicht thematisieren: die Tatsache nämlich, daß der politische Hauptentscheidungsträger nicht (ab-)wählbar ist.

In keinem der drei diskutierten Staaten kann heute von Demokratisierung gesprochen werden: Entwicklungen, die auf eine effektive Gewaltenteilung hinauslaufen, sind nicht erkennbar, und Hauptentscheidungsträger können entweder aus formellen Gründen nicht abgewählt werden oder weil demokratische und

Bürgerwerte gesellschaftlich (noch) wenig verbreitet sind. Doch selbst wenn islamistische Parteien an gewissen strukturellen Demokratisierungsbarrieren vorerst nicht rütteln können, tragen sie doch entscheidend dazu bei, daß Reformen vorangetrieben werden, die als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung in Richtung liberale Demokratie gelten: Rechtsstaatlichkeit und die gesellschaftliche Verankerung einiger Teilbereiche von Bürgerwerten.<sup>73</sup>

### Islamisten als treibende Reformkräfte

Im politischen und mehrheitlich auch im wirtschaftlichen Bereich gehören algerische und marokkanische Islamisten im nationalen Vergleich zu den reformorientierten Akteuren. In Algerien hat sich die MRN im Jahr 2004 maßgebend für Modifikationen des Wahlgesetzes stark gemacht, die auf mehr Transparenz abzielten. Sowohl die algerische MSP als auch die marokkanische PJD heben sich durch ihre demokratischeren inneren Strukturen und Verfahren vom Gros der Parteien in den jeweiligen Ländern ab. Da die nationalistischen Islamisten angeleitet vom Koran Wert auf (soziale) Gerechtigkeit legen, fordern sie zudem lauter als andere Transparenz, Rechenschaftspflicht, Anti-Korruptionsmaßnahmen, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit<sup>74</sup> und eine unabhängige Justiz ein. Ihre Agenda deckt sich insofern zumindest partiell mit derjenigen externer Akteure wie der EU, den USA oder den Bretton-Woods-Institutionen.

Als Folge ihrer (ehemaligen) Außenseiterposition sind die Islamisten in der Regel weniger stark in bestehende klientelistische Netzwerke eingebunden, die sich um staatliche Verwaltungen und Industrien ranken. Das gilt insbesondere für den algerischen Rentierstaat mit seinen zum Teil mafiaähnlichen ökonomischen Netzwerken. Folglich befürworten die meisten nationalistischen Islamisten eine (vorsichtige) wirtschaftliche Liberalisierung.<sup>75</sup> Sie hoffen, daß eine solche Liberalisierung korrupten Machenschaften der

<sup>72</sup> Vgl. weiterführend Eva Wegner, *The Contribution of Inclusionist Approaches towards the Islamist Opposition to Regime Stability in Arab States: The Case of the Moroccan Parti de la Justice et du Développement*, Badia Fiesolana, San Domenico: Robert Schuman Center for Advanced Studies (RSCAS), 2004 (EUI Working Paper RSCAS No. 42).

<sup>73</sup> Vgl. dazu auch Amr Hamzawy, *The Key to Arab Reform: Moderate Islamists*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, August 2005 (Policy Brief 40).

<sup>74</sup> Das islamistische Verständnis von Rechtsstaatlichkeit unterscheidet sich allerdings in zentralen Fragen – zum Beispiel Geschlechtergleichstellung und Minderheitenrechte – vom westlichen Verständnis.

<sup>75</sup> Die algerische MRN ist eine Ausnahme, weil sie einen damit verbundenen Import westlicher Werte befürchtet.

staatlichen Elite ein Ende setzen und neue Perspektiven für mittlere, Klein- und Kleinst-Unternehmer eröffnen würde, die einen nicht unerheblichen Teil der islamistischen Wählerschaft stellen. Aus ähnlichen Gründen hatte schon die FIS Marktliberalisierung propagiert.

Im gesellschaftspolitischen Bereich sind die nationalistischen Islamisten allerdings eher Reformbremsen. In Algerien hat sich eine islamistische Partei (die MRN) gegen die Bildungsreform gestellt, die andere Partei (die MSP) hat die Reform zähneknirschend unterstützt. Die Verwässerung des in ersten Entwürfen progressiveren neuen algerischen Familiengesetzes geht auch, aber nicht nur auf das Konto der Islamisten. In Marokko hat die PJD dem neuen Familiengesetz nur zugestimmt, weil jede Handlungsalternative nach den Anschlägen von Casablanca politischem Suizid gleichgekommen wäre. Gesellschaftliche Modernisierung mag als Nebenfolge islamistischer Partizipation zwar langsamer voranschreiten, doch gilt es nicht zu vergessen, daß die algerischen und marokkanischen Islamisten mit ihren sittlich-moralischen Vorstellungen näher am Nerv ihrer wertkonservativen Gesellschaften sind als die westlich orientierte (im algerischen Fall stark frankophone) Elite. Will man den Pew-Umfragen glauben, spiegeln sich in der Agenda der PJD die Wünsche einer Mehrheit der Marokkaner. Denn diese befürworten gemäß den Umfragen nicht nur eine wachsende Rolle des Islam in der Politik, sondern halten Demokratie auch immer weniger für ein westliches Konzept, das in Marokko nicht funktionieren kann.

Den islamistischen Parteien kommt zweifellos eine wichtige gesellschaftspolitische Funktion zu: Sie können Wertkrisen abfedern, die sich in den maghrebischen Gesellschaften infolge von sozialer Modernisierung, politischer Öffnung und wirtschaftlicher Globalisierung mit zunehmender Intensität einstellen. Diese Funktion ist um so bedeutsamer, als solche Wertkrisen mit problematischen sozialen und demographischen Entwicklungen zusammenfallen. Rund 70% der Bevölkerungen in den drei Ländern sind unter 30 Jahre alt, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch. Die sozialen Unterschiede sind markant und vertiefen sich weiter. Die islamistischen Parteien, die basisnah und in den minderprivilegierten Schichten in der Regel stärker als alle anderen politischen Akteure verankert sind, können arbeitslosen Jugendlichen zwar keine konkrete Perspektive bieten. Aber sie können ihnen zumindest ethisch-moralische Leitplanken vermitteln – auch wenn diese nicht den europäischen Idealen

entsprechen. Dadurch tragen sie dazu bei, daß sich Jugendliche nicht in Kriminalität verstricken oder von islamistischen Gewaltakteuren rekrutieren lassen. Der säkulare marokkanische Politologe Mohamed Tozy erklärt denn auch, er fände es beruhigender, wenn 50 von 100 Jugendlichen in Aktivitäten der nationalistisch-islamistischen Vereinigung Al-Adl Wal-Ihsan eingebunden seien als wenn sie auf der Straße stünden oder sich via Internet oder Satellitenfernseher einem radikalen Islamo-Arabismus zuwenden würden.<sup>76</sup>

In Tunesien laden sich Wertkrisen zwar nicht so stark mit den Folgewirkungen wirtschaftlicher Misere auf wie etwa in Marokko. Doch stellt sich hier mit besonderer Brisanz die Frage, von wem und auf welche Weise Jugendliche religiös sozialisiert werden. Solange legale islamistische Foren fehlen, welche die spezifisch tunesische und verhältnismäßig progressive islamistische Tradition vermitteln könnten, besteht die Gefahr, daß die Jugendlichen unbeobachtet über das Internet und über (Video-)Kassetten an den transnationalen gewaltorientierten Islamismus herangeführt werden.<sup>77</sup>

<sup>76</sup> Interview, Casablanca, Mai 2005. Laut Tozy haben die Marokkaner ihre radikalen Salafisten überhaupt erst auf dem qatarischen Satellitensender Al-Jazeera entdeckt.

<sup>77</sup> Wie abgeschnitten von der tunesischen islamistischen Tradition junge Tunesier sein können, zeigt folgende Anekdote des ehemaligen Nahda-Generalsekretärs Abdelfattah Mourou, einer Ikone des tunesischen Islamismus: Mourou, der als Anwalt arbeitet, wurde von Angehörigen der im Mai 2005 in Algerien festgenommenen angeblichen tunesischen Jihadisten gebeten, die Inhaftierten juristisch zu unterstützen. Dabei mußte Mourou feststellen, daß sein Name den festgenommenen jungen Islamisten überhaupt nichts sagte.

## Europäische Spielräume

Sowohl der staatliche Umgang Algeriens, Marokkos und Tunesiens mit ihren jeweiligen Islamisten als auch die Veränderungen bei den islamistischen Akteuren selber werfen für die EU eine Reihe sensibler Fragen auf. Die Europäische Union ist mit diesen drei Staaten im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP, auch Barcelonaprozeß genannt) durch bilaterale Assoziationsabkommen verbunden. In ihrer Politik dominiert ein Hauptinteresse: Stabilisierung. Europa hat aus so unterschiedlichen Beweggründen wie Zugang zu Ressourcen, Begrenzung von Migration oder Bekämpfung von organisierter Kriminalität und internationalem Terrorismus ein fundamentales Interesse an der Stabilität der südlichen Nachbarstaaten. Diese Stabilität sieht die EU am besten garantiert durch konsolidierte demokratische Systeme und wirtschaftliche Prosperität. Im Rahmen der EMP versucht sie folglich, wirtschaftliche und politische Struktur-reformen in den südlichen Partnerstaaten zu fördern. Dabei sind Demokratisierung und die Einhaltung von Menschenrechten zentrale Anliegen.<sup>78</sup> Demokratisierung ist auch Ziel der gemeinsam mit den USA betriebenen *Broader Middle East and North Africa Initiative* (BMENA). Allerdings läßt sich die zugrundeliegende Annahme, daß konsolidierte Demokratien berechenbar und stabil sind, nicht auf die vorausgehende Phase ihrer Entwicklung übertragen: Demokratisierungsprozesse haben in der Praxis nicht nur einen offenen Ausgang, sondern oft auch eine destabilisierende Wirkung.<sup>79</sup>

Die national spezifische staatliche Politik gegenüber Islamisten im Maghreb ist, wie in dieser Studie gezeigt wurde, für die politischen Reformperspektiven des jeweiligen Staates von großer Bedeutung. Islamisten repräsentieren einen bedeutenden Teil der Bevölkerung im Maghreb; ohne ihre Einbindung ist Demokratisierung undenkbar. In Tunesien wurde die erfolgreiche Zerschlagung der islamistischen Bewegung mit dem hohen Preis einer generellen und massiven Einschränkung politischer Rechte und bürger-

licher Freiheiten erkaufte. Dasselbe galt für Algerien in der ersten Hälfte der neunziger Jahren, wo die in demokratischen Wahlen triumphierenden islamistischen Wahlsieger anschließend durch die neu etablierte Militärdiktatur unterdrückt wurden. Die Folge war ein Bürgerkrieg. Beide Fälle legen die Hypothese nahe, daß die Unterdrückung von Islamisten zwingend mit verstärktem Autoritarismus einhergeht – und somit dem europäischen Interesse zuwiderläuft, durch die Etablierung konsolidierter Demokratien langfristig regionale Stabilität zu erreichen. Daß die Unterdrückung in Algerien destabilisierend, in Tunesien dagegen eher stabilisierend wirkte, liegt neben der unterschiedlichen politischen Kulturen Tunesiens primär an seiner umfassenden Entwicklungsstrategie: Der verbesserte tunesische Lebensstandard hat bis zu einem gewissen Grad den Mangel an politischen Freiheiten kompensiert. Demokratisierung durch Prosperität zu ersetzen (im tunesischen Fall zudem eine eher volatile) kann indes keine nachhaltige Stabilisierungsstrategie sein.

Langfristig vielversprechender sind Entwicklungen, die Algerien und – vor allem – Marokko in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre durchgemacht haben. Hier hat die partielle und graduelle politische Einbindung eines Teils des islamistischen Spektrums pluralistischere, kompetitivere und repräsentativere, wenn auch nicht demokratische Systeme hervor-gebracht. In Algerien hat diese Einbindung stabilisierende, in Marokko jedenfalls keine merklich destabilisierenden Effekte gezeitigt. Die am politischen Prozeß beteiligten islamistischen Akteure sind in beiden Staaten pragmatischer und kompromißbereiter geworden, seit sie Status und Einfluß zu verlieren haben und gezwungen sind, sich mit realen politischen Problemen auseinanderzusetzen. Sie zeigen sich zusehends bereit, an ihren religiös inspirierten gesellschafts-politischen Zielen Abstriche zu machen, wenn eine Frage von nationalem Interesse bzw. die nationale Versöhnung auf dem Spiel steht. In beiden Staaten bekunden islamistische Akteure zudem ein großes Eigeninteresse an Reformen in Richtung Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und Demokratie und gehören folglich in das Lager der politischen Reformen.

<sup>78</sup> Dieses Anliegen ist nicht nur in der Barcelonadeklaration, sondern auch in Artikel 2 der verschiedenen Assoziationsabkommen verankert.

<sup>79</sup> Vgl. weiterführend Laurence *Whitehead*, *Democratization. Theory and Experience*, Oxford 2002.

Wie sich die politischen Systeme und die islamistischen Akteure weiter verändern werden, läßt sich angesichts der noch jungen Entwicklungen und mittels einer Momentaufnahme islamistischer Agenten nicht eindeutig prognostizieren. Wenn man das Augenmerk auf die Demokratisierungsprozesse im Maghreb richtet, kann man immerhin analytische Erkenntnisse aus analogen Prozessen in anderen Weltregionen übertragen. So dürfte die Annahme plausibel sein, daß Demokratisierung ohne eine gesellschaftliche Verankerung von Bürgerwerten, ohne die politische Einbindung aller gesellschaftlich relevanten Akteure, ohne die Verpflichtung auf demokratische Spielregeln und ohne einen Grundkonsens über die nationale Identität nicht funktionieren kann.<sup>80</sup> Darüber hinaus haben die Entwicklungen in Algerien und Marokko im vergangenen Jahrzehnt gezeigt, daß der ideologische Graben zwischen national-orientierten islamistischen Akteuren und transnational-orientierten Jihadisten tiefer wird, wenn die islamistische Partizipation und die Öffnung der politischen Systeme fortschreitet.

Im Sinne ihres Bestrebens, Stabilität und Demokratisierung im Maghreb zu fördern und unter einen Hut zu bringen, haben europäische Akteure folglich ein Interesse an einer möglichst breiten Partizipation von Islamisten, die Gewalt ablehnen und sich den Spielregeln der Demokratie verpflichtet fühlen, auch wenn islamistische Partizipation per se kein Garant für Reformen ist. Es besteht durchaus die Gefahr – insbesondere in Algerien –, daß die Einbindung von Islamisten lediglich die autoritäre Machtbasis verbreitert und sich als Mittel zum Zweck der Erhaltung des Status quo entpuppt. Um so mehr ist Europa gefordert, Reformdynamiken sowohl in der Regierungspolitik als auch bei den islamistischen Akteuren zu unterstützen.

Die EU verfügt durchaus über Instrumente zur Beeinflussung politischer Entscheidungen in der Region. Es gilt lediglich, sie besser zu nutzen. Sowohl über die Vergabe der MEDA-Gelder im Rahmen des Barcelona-Prozesses als auch im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik – die bislang nur Tunesien und Marokko betrifft – kann die EU mit finanziellen und wirtschaftlichen Anreizen die Partnerstaaten dazu anhalten, die Menschenrechte zu beachten und die politische Partizipation auszubauen. Positive Signale,

<sup>80</sup> Vgl. dazu John Higley/Richard Gunther (Hg.), *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*, Cambridge 1992.

die die EU in ihrer Politik gegenüber einem der drei Staaten setzt, werden jeweils auch in den beiden anderen Staaten zur Kenntnis genommen und können kooperatives Verhalten in kritischen Fragen stimulieren.

Als problematisch hat sich erwiesen, daß die Mitgliedstaaten der EU unterschiedliche offizielle Haltungen zu einzelnen islamistischen Akteuren einnehmen und die Strategien der Maghrebstaaten gegenüber Oppositionellen im allgemeinen und Islamisten im speziellen uneinheitlich beurteilen. Insbesondere Frankreich neigt aus historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen dazu, über Unterdrückung und Menschenrechtsprobleme in den drei nordafrikanischen Staaten hinwegzusehen.<sup>81</sup> Eine ebenso klare wie einheitliche EU-Haltung gegenüber den Strategien und Akteuren wäre wünschenswert. Sie würde nicht zuletzt das Ansehen der EU bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Region heben.

### Was es im Umgang mit Regierungen zu beachten gilt

Eine Politik, die Islamisten durch Spaltung und/oder Einbindung zu schwächen und zu »domestizieren« sucht, wie sie in Marokko und Algerien praktiziert wird, mag aus europäischer Sicht erstrebenswert sein. Doch kann eine solche Politik nur dann einen nachhaltig stabilisierenden Effekt haben, wenn sie von ernsthaften Schritten zur Demokratisierung begleitet wird, die islamistischen Akteuren die Perspektive eröffnen, tatsächlich die Geschicke des Landes mitzubestimmen statt als Feigenblatt für formellen Pluralismus erhalten zu müssen. Fehlt dieses flankierende Element, besteht die Gefahr, daß sich die Basis dieser Parteien mittelfristig radikaleren Akteuren zuwendet.

► Strategien, die auf eine Verbesserung des Lebensstandards abzielen, um damit dem radikalen Teil des islamistischen Spektrums den gesellschaftlichen Nährboden zu entziehen, sind grundsätzlich nicht falsch. Doch ignorieren ihre Verfechter, daß Islamismus nicht einfach ein Resultat von Armut ist, sondern ein Produkt vieler Faktoren, etwa auch

<sup>81</sup> Bei einem Besuch in Tunesien 2003 lobte der französische Präsident Chirac Tunesien dafür, daß es in Menschenrechtsfragen sehr viel weiter sei als eine große Zahl anderer Staaten. Auf eine hungerstreikende tunesische Oppositionelle angesprochen, erklärte er, die wichtigsten Menschenrechte seien, daß man genug zu essen und ein Dach über dem Kopf habe, daß das Gesundheitssystem funktioniere und Zugang zu Schulen bestehe; vgl. *Le Monde*, 5.12.2003.

von globalisierungsbedingten gesellschaftlichen Wertekrisen und politischer Unterdrückung. Europäische Politiker sollten sich folglich keine Wunderwirkungen von Initiativen wie der neuen marokkanischen zur menschlichen Entwicklung versprechen, solche Initiativen aber als eine von mehreren sinnvollen Maßnahmen zur Verhütung von Radikalisierung unterstützen (siehe unten, S. 31ff, für weitere länderspezifische Maßnahmen).

- ▶ Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus verletzen die Regierungen in Algerien, Marokko und Tunesien Menschenrechte und statuieren Exempel an Unschuldigen. Es ist folglich wichtig, daß die EU-Kommission die Vergabe von MEDA-Geldern stärker von der Umsetzung der im Rahmen der Assoziierungsabkommen angestrebten Justizreformen sowie von substantiellen Fortschritten in Menschenrechtsfragen abhängig macht. Zudem sollten europäische Akteure mit Blick auf bilaterale Rechtsabkommen zur Abschiebung radikaler Islamisten in ihre Heimatstaaten energischer als bislang auf die Einhaltung von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Verfahren und auf Reformen zur Etablierung einer unabhängigen Justiz pochen.

### Was es im Umgang mit islamistischen Akteuren zu beachten gilt

US-Diplomaten und amerikanische NGOs gehen bereits seit dem 11. September 2001 offensiv auf islamistische Akteure im Maghreb zu, die sie als gemäßigt einstufen.<sup>82</sup> Eine Reihe europäischer diplomatischer Vertretungen, politischer Stiftungen und Kulturinstitute vor allem in Marokko unterhalten ebenfalls Kontakte zu gemäßigten Islamisten. Spätestens seit dem Luxemburger EU-Außenministertreffen im April 2005 ist der Dialog mit solchen Akteuren auf EU-Ebene zu einem wenn auch (noch) umstrittenen Thema

<sup>82</sup> Die marokkanische Wochenzeitschrift *Tel Quel* (21.–27.5.2005) überschrieb denn auch einen Artikel mit »Bush baggert unsere Islamisten an«. Tatsächlich sind Mitglieder islamistischer Parteiliten auf US-Botschaftsempfängen anzutreffen, werden immer häufiger von amerikanischen Universitäten und Think-Tanks zu Konferenzen eingeladen oder nehmen an Workshops amerikanischer NGOs teil. Der Autorin wurde von marokkanischen Islamisten – wenn auch mit einem Augenzwinkern – mehrmals bedeutet, die Europäer müßten sich beeilen, wenn sie das islamistische Terrain nicht ganz den Amerikanern überlassen wollten.

geworden.<sup>83</sup> Deutschland hat insofern eine Vorreiterrolle gespielt, als der sogenannte »Dialog mit dem Islam«, der mitunter auch Islamisten einschließt, seit 2001 zunehmend zu einem Instrument deutscher Außenpolitik geworden ist.<sup>84</sup>

Europäische Akteure müssen sich allerdings bewußt sein, daß Kontakte mit gemäßigten islamistischen Akteuren arabischen Regierungen – nicht nur im Maghreb – ein Dorn im Auge sind. Arabische Offizielle interpretieren solche Dialoge als »Versuch, sich mit den Machthabern von morgen gutzustellen«. Dies sollte europäische Akteure jedoch nicht davon abhalten, eine eigene Politik gegenüber Islamisten zu entwickeln. Folgende Punkte hätten sie dabei zu berücksichtigen:

- ▶ Es gibt keinen Grund für europäische Akteure, andere Maßstäbe an Islamisten anzulegen als an die übrigen Akteure in diesen Staaten. Islamisten sollten nach ihren konkreten politischen Handlungen und ihrer Rhetorik beurteilt werden und nicht nach ihren vermeintlichen Intentionen. Algerien, Marokko und Tunesien haben ein Interesse daran, daß sich europäische Entscheidungsträger ihre Sicht auf die jeweiligen islamistischen Akteure zu eigen machen. Würden europäische Akteure die Einteilungsmaßstäbe der Maghrebstaaten anlegen, müßten sie die verbotene und offiziell als terroristisch gebrandmarkte tunesische Nahda meiden, während sie mit der legalen marokkanischen PJD in Kontakt treten könnten, obwohl beide Parteien in den von Europa als problematisch erachteten Bereichen nahezu identische Agenden verfolgen.
- ▶ Europäische Akteure sollten bestehende Differenzen nicht herunterspielen, sondern sie rückhaltlos aufzeigen und offensiv mit ihnen umgehen. Die europäischen Vorstellungen von Frauen- und Minderheitenrechten divergieren zumeist stark von jenen der islamistischen Parteien. Ebenfalls im Dialog – und nicht durch Boykott – müssen europäische Akteure deutlich machen, daß antisemitische Haltungen und Aussagen für sie unakzeptabel sind. Wollte die EU Antisemitismus als Kriterium für Gesprächsverweigerung nehmen, dann müßte sie auch einen Großteil der säkularen Parteien in der arabischen Welt boykottieren.

<sup>83</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 18.4.2005.

<sup>84</sup> Vgl. Deutsch-Britische Tagung »Engaging with the Islamic World« im Auswärtigen Amt, 13.4.2005, <<http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausenpolitik/kulturpolitik/islamdialog/engaging.html>>.

- ▶ Aufgrund der zahlreichen Differenzen, vor allem in gesellschaftspolitischen Fragen, übersehen europäische Politiker und Beamte oft, daß sich ihre auf wichtige politische Vorhaben bezogenen Interessen – seien es Verfassungs-, Wahlrechts- und Wirtschaftsreformen oder Korruptionsbekämpfung – stärker mit denen der Islamisten decken als mit jenen von Teilen der herrschenden Eliten. Folglich ist es sinnvoll, im Rahmen von MEDA-Programmen zur lokalen Entwicklung und zum *capacity building* auch mit islamistischen Parteien und Organisationen zu kooperieren.
- ▶ Islamistische Akteure sind bei Besuchen von Parlamentarierdelegationen, in zivilgesellschaftlichen Foren der EMP, bei Konferenzen und Round-Tables in EU-Staaten in der Regel unterrepräsentiert oder gar nicht vertreten. Damit fehlt eine gewichtige Stimme der jeweiligen Gesellschaften und politischen Landschaften. Europäische politische Stiftungen, Kulturinstitute und NGOs sollten sich bemühen, dies zu ändern. Wünschenswert wäre zudem, daß junge Islamisten im Rahmen der euro-mediterranen Jugendkooperation Gelegenheit bekommen, sich mit gleichaltrigen Europäern auszutauschen. Auch eine Einbindung von Islamisten in gemeinsame Aktivitäten wie zum Beispiel die Wahlbeobachtung in Drittländern wäre zu erwägen.<sup>85</sup>

## Länderspezifische Prioritäten

### Versöhnung und Beendigung der Gewalt in Algerien unterstützen

Algerien hat seit dem Bürgerkrieg in den neunziger Jahren eine lange Wegstrecke zurückgelegt. Um das Kapitel Gewalt endgültig zu schließen und um einen nachhaltigen gesellschaftlichen und politischen Versöhnungsprozeß einzuleiten, müssen aber noch immer existierende strukturelle Ursachen des Konflikts beseitigt, muß ein problemadäquater Umgang mit der Vergangenheit gefunden werden. Die umstrittene neue Charta für Frieden und Versöhnung des Präsidenten sieht indes keine angemessene Aufarbeitung der Vergangenheit vor, wie sie exemplarisch in Südafrika zu beobachten war. Sie stellt vielmehr den

Versuch dar, mit einem eilfertigen Schlußstrich Debatten über die Vergangenheit gar nicht erst aufkommen zu lassen. Aus europäischer Sicht ist diese Initiative dennoch vorsichtig positiv zu beurteilen, weil sie zumindest einen Teil der bis heute existierenden Gewaltakteure zum Aufgeben bewegen könnte. Allerdings haben manche Akteure im algerischen militärischen und politischen Establishment gar kein Interesse daran, daß der Terrorismus vollständig ausgeremert wird – sei es um von verbotenen ökonomischen Aktivitäten zu profitieren, sei es um ein Argument gegen profunde politische Reformen zu haben.

Wichtig ist, daß die EU nicht-militärische Lösungen zur Beendigung der Gewalt unterstützt. Dazu gehören Verhandlungen mit Gewaltakteuren genauso wie Maßnahmen gegen Schmuggel, Geldwäscherei und organisierte Kriminalität, die als ökonomische Basis der Gewaltakteure dienen. Polizeibehörden verschiedener europäischer Staaten kooperieren bereits mit Partnern in Algerien, die solche Aktivitäten zu unterbinden versuchen. Die EU-Kommission könnte dadurch einen Beitrag leisten, daß sie die Vergabe von MEDA-Geldern in Zukunft stärker an effektive algerische Kooperation und an erkennbare Verbesserungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit knüpft.

Mißwirtschaft, Korruption, Willkür in Politik und Justiz sind Faktoren, die zum Erstarken (radikaler) islamistischer Akteure geführt haben. Sie waren auch wichtige Ursachen für die Berberunruhen 2001 in der Kabylei. Eine Reihe von neueren politischen Entwicklungen sind durchaus begrüßenswert, namentlich der weitgehende Rückzug der Armee aus der Politik. Doch haben sie strukturelle Probleme nicht angetastet, etwa die mangelnde Gewaltenteilung und den autoritären Charakter des Regimes. Auch in dieser Zielrichtung sollte die EU-Kommission stärker mit finanziellen Anreizen bzw. Sanktionen operieren, damit die im Assoziierungsabkommen erhobenen Forderungen nach Reformen in Richtung guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit nicht bloße Rhetorik bleiben, sondern tatsächlich auch umgesetzt werden.

<sup>85</sup> Dies wird vom amerikanischen National Democracy Institute bereits praktiziert und kann als sinnvolle Art der Sozialisation in demokratische Verfahren betrachtet werden.

## **Legalen Islamisten in Marokko keine Steine in den Weg legen**

Der marokkanische König dürfte sich – nach der bislang als positiv zu beurteilenden Einbindung der islamistischen PJD in das Parlament – mittelfristig mit drei wichtigen Herausforderungen konfrontiert sehen. Die erste stellt sich mit der Frage, ob und wie weitgehend er die PJD in die Regierung einbinden soll, wenn sie weiter erstartet und die Parlamentswahlen 2007 gewinnt; ihr Sieg ist aus heutiger Sicht nicht unwahrscheinlich. Zweitens ist über kurz oder lang – das heißt nach dem in absehbarer Zeit zu erwartenden Ableben des Gründers und spirituellen Führers von Al-Adl Wal-Ihsan – zu klären, wie mit der mobilisierungsstarken, nicht legalen Organisation in Zukunft umgegangen werden soll. Drittens gilt es, das gewaltbereite islamistische Spektrum zu schwächen.

Europa gehen all diese Herausforderungen insofern etwas an, als ihre Bewältigung für den Erfolg des graduellen marokkanischen Transformationsprozesses entscheidend ist. Die EU kann diesen Prozeß positiv beeinflussen, indem sie sich für transparente und kompetitive Wahlen engagiert, auch wenn die PJD aus ihnen als Sieger hervorgehen könnte. Die von Europa gewünschte Demokratisierung kann nur voranschreiten, wenn ein echter politischer Wettbewerb stattfindet. Selbst der unwahrscheinliche Fall, daß der Palast ein PJD-Mitglied zum Premierminister ernennt, bräuchte die EU nicht zu beunruhigen. Ein solcher Schritt könnte vielmehr als wichtiges Experiment betrachtet werden, das – da der Palast noch immer das letzte Wort in strategischen Entscheidungen hat – gewissermaßen in einem geschützten Raum stattfände. Dasselbe würde für eine allfällige politische Partizipation von Al-Adl Wal-Ihsan gelten.

Unterstützenswert ist die neue marokkanische Religionspolitik in ihrem Bestreben, radikale islamistische Akteure zu schwächen. Vor zu hohen kurzfristigen Erwartungen ist allerdings zu warnen: Die Auftritte radikaler und politisierter Prediger in arabischen Satellitensendern dürften in absehbarer Zukunft weiterhin Einfluß auf Teile der marokkanischen Bevölkerung haben. Das gewaltbereite islamistische Segment verliert in Marokko langfristig am ehesten an Boden, wenn sich Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Lebensstandard verbessern. Fortschritte in diesen Bereichen gehören seit längerem zu den EU-Prioritäten. Problematisch ist indes, daß Marokko im Pro-KopfVergleich mit Tunesien wesentlich weniger EU-Unterstützung erhält. Dies

überrascht angesichts der massiveren demographischen und sozio-ökonomischen Herausforderungen in Marokko sowie der weit größeren politischen Reformbereitschaft und Öffnung. Die EU sollte diese Bereitschaft durch positive finanzielle Anreize unterstützen. Damit würde sie auch anderen Staaten signalisieren, daß Reformen sich auszahlen.

## **Partizipation islamistischer Akteure in Tunesien anregen**

Die tunesische Führung sieht für ihre Politik gegenüber Islamisten keinerlei Revisionsbedarf. Die EU hat zwei Möglichkeiten, mit dieser Haltung umzugehen: Entweder sie akzeptiert die tunesische Position weiterhin, wie sie dies bislang zumindest implizit getan hat – dann sollte sie aber auch Abschied von der Vorstellung nehmen, daß es in Tunesien in absehbarer Zeit zu demokratischen Reformen kommen wird. Oder die EU hält Tunesien vor Augen, was es gewinnen kann, wenn es sich nach dem Vorbild Marokkos zu einer graduellen und partiellen Einbindung von Islamisten entschließt. Daran müßte Europa auch insofern ein langfristiges Eigeninteresse haben, als die Stabilität Tunesiens stark an der Person Ben Alis hängt; einen »Kronprinzen« gibt es nicht. Die Einbindung eines möglichst breiten Spektrums demokratieorientierter Akteure in den politischen Prozeß noch unter Ben Ali dürfte die beste Garantie für einen geordneten, von chaotischen Begleiterscheinungen freien Übergang sein. Tunesien bietet heute gute Voraussetzungen für die erfolgreiche politische Einbindung islamistischer Akteure. Angesichts der relativen wirtschaftlichen Prosperität und der Tatsache, daß die tunesischen Islamisten überaus pragmatisch sind, ist nicht mit einer (radikalen) islamistischen Massenbewegung zu rechnen.

Der Aktionsplan, den die EU mit Tunesien im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik ausgearbeitet hat, nennt als eine der vordringlichsten Aufgaben, dem politischen Dialog über Demokratisierung und Menschenrechtsfragen mehr Gewicht zu geben. Ferner soll die Partizipation politischer Parteien verstärkt werden. Die EU-Kommission sollte diese abstrakten Formulierungen mit konkreten Inhalten füllen und der tunesischen Führung vermitteln, daß sie unter Partizipation auch die Einbindung islamistischer Akteure in den politischen Prozeß versteht. Bei der Evaluierung von Fortschritten in Sachen Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sollte die



Kommission nicht nur die Legalisierung säkularer zivilgesellschaftlicher Organisationen, sondern auch diejenige islamistischer NGOs zum Maßstab nehmen, zum Beispiel die der (islamistennahen) Organisation zur Unterstützung politischer Gefangener.

Viele dieser Empfehlungen mögen europäischen Akteuren Unbehagen bereiten, weil ihre Umsetzung heikel ist und diplomatische Verstimmungen hervorrufen könnte. Doch sollten europäische Entscheidungsträger zwei gewichtige Gesichtspunkte – nebst dem bereits genannten Interesse an Stabilität im Mittelmeerraum – nicht außer acht lassen, die für eine offene Politik gegenüber islamistischen Parteien und für die Unterstützung politischer Reformprozesse im Maghreb sprechen: Erstens signalisieren sie mit einer solchen Politik der gesamten muslimischen Welt, daß sie Samuel Huntingtons These eines Kampfes der Zivilisationen für falsch halten. Zweitens wird ihre Politik gegenüber Algerien, Marokko und Tunesien von den in Europa lebenden Maghrebiniern sehr genau beobachtet. Obwohl sich unter diesen Muslimen die unterschiedlichsten Strömungen finden, kann die EU mit Forderungen nach Demokratisierung im Maghreb bei ihnen mit enorm hohem Zuspruch rechnen. Überdies sind direkte europäische Kontakte zu islamistischen Parteien und Organisationen im Maghreb schon deshalb wichtig, weil sie wiederum Einfluß auf Migrantengemeinschaften in Europa haben. Die spanische Regierung hat dies bereits erkannt und den Parteiführer der marokkanischen PJD 2005 nach Madrid eingeladen, um Möglichkeiten einer positiven Einflußnahme zu diskutieren. Angesichts der Bevölkerungsstrukturen in den meisten Staaten der EU gilt heute mehr denn je, daß europäische Außenpolitik gegenüber Staaten und Akteuren im Maghreb bis zu einem gewissen Grade immer auch Innenpolitik ist.

## Abkürzungen

AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei; Türkei)
BMENA	Broader Middle East and North Africa Initiative
EMP	Euro-Mediterranean Partnerschaft
EU	Europäische Union
FIS	Front islamique du salut (Algerien)
FLN	Front de libération nationale (Algerien)
GIA	Groupement islamique armé (Algerien)
GSPC	Groupe salafiste pour la prédication et le combat (Algerien)
ICG	International Crisis Group
INDH	Initiative nationale pour le développement humain
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
MEDA	EC programs aimed at supporting decentralized Euro-Mediterranean co-operation
MPDC	Mouvement populaire démocratique et constitutionnel (Marokko)
MRN	Mouvement de la réforme nationale (Algerien)
MSP	Mouvement de la société pour la paix (Algerien)
MTI	Mouvement de la tendance islamique (Tunesien)
MUR	Mouvement unicité et réforme (Marokko)
NGO	Non-Governmental Organization
PDP	Parti démocratique progressiste (Tunesien)
PJD	Parti de la justice et du développement (Marokko)
UNO	United Nations Organization
USFP	Union socialiste des forces populaires (Marokko)